

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:  
Prag, II., Postgasse 11.

Zagredaktion:  
Nachredaktion: 6797.

Postkassamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif  
blättern berechnet. Bei öfteren  
Einschaltungen Preisnachlaß.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

4. Jahrgang.

Donnerstag, 10. Juli 1924.

Nr. 161.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährlich . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich früh.

## Hitlers Glüd und Ende.

Adolf Hitler hat im „Völkischen Kurier“ seinen Anhängern mitgeteilt, daß er von der Leitung der nationalsozialistischen Partei zurückgetreten und sich auf die Dauer seiner Festungshaft jeder politischen Tätigkeit zu enthalten gedenke. Seine Anhänger wollen den höchsten Verantwortungsgefühl durchdrungen, die politische Leitung niedergelegt, weil nach der heutigen Sachlage nicht damit zu rechnen sei, daß er in absehbarer Zeit aus der Haft entlassen werde. Der Vorwand ist allzu durchsichtig; viel glaubwürdiger erscheinen zwei andere Gründe, die Hitlers Entschluß erklären, sich von der Politik zurückzuziehen. Die Strafe für Hitler wegen der Arrangierung des Münchener Novemberputsches lautete auf fünf Jahre Festung, doch wurde ihm nach sechs Monaten, bei gutem Verhalten, eine Bewährungsfrist in Aussicht gestellt. Es ist schon glaubhaft, daß der mutige Held dieses „gute Verhalten“ durch Niederlegung der Führerschaft demonstrieren will, um seine Haft abzukürzen. Der zweite Grund dürfte in den Gegensätzen zu suchen sein, die seit Hitlers Inhaftierung in der nationalsozialistischen Partei unauflösbar vorhanden sind.

Diese Gegensätze sind in der Frage des Eintritts der Nationalsozialisten in das parlamentarische Leben zu suchen. Solange Hitler in Freiheit sich befand, war der Charakter der nationalsozialistischen Partei als der einer konterrevolutionären und auf die „nationale“ Diktatur abzielenden, durch ihre schroffe Ablehnung des Parlamentarismus scharf betont. Hitlers Ziele waren alles eher, denn klare, die Bewegung wurde durch die von einer jügellosen Demagogie entfesselten Leidenschaften der Masse in Gang gehalten. Hitler bekämpfte den Parlamentarismus und wollte von einer Teilnahme seiner Partei an Wahlen für politische Vertretungskörper nichts wissen, weil er ahnte, daß die nationalsozialistische nebulose Vorstellungswelt auf dem Boden des Parlaments bald zerflattern müßte. Aus den hierdurch geschwängerten Versammlungsjahren in die Welt der Wirklichkeit gestellt, mußten die Grenzen der Erfüllungsmöglichkeiten der nationalsozialistischen Ideale sichtbar werden. Doch kaum waren nach Hitlers Verurteilung die Wahlen zum Landtag und Reichstag ausgeschrieben, als die unentwegten Bekämpfer des Parlamentarismus auf die Mandatsjagd gingen. Aber noch war Hitler für den Plan zu gewinnen und mehrere Herren fuhren daher auf die Festung Landsberg, wo sich Hitler in Gewahrsam befand. Hitler präzipierte seinen Standpunkt dahin, daß er gegen die Umstellung der Partei vom Antiparlamentarismus zum Parlamentarismus sei, denn erstens würden die Mandate, die gewonnen werden könnten, der Partei nichts nützen, und zweitens würde die Wahl zeigen, wie stark oder wie schwach die Bewegung in Wirklichkeit ist, sie könne daher bei Wahlen nie gewinnen, sondern nur verlieren, denn man übersehne jetzt die Nationalsozialisten, weil sie die größere Aktivität für sich haben, während bei der Wahl die Stimmenzahl entscheide. Erst als Hitler lange zugeredet wurde, gelang es, ihn so weit umzustimmen, daß er schließlich erklärte: „Wenn sich die Partei durchaus blamieren will, so mag sie es tun“. Trotz dieser sehr bedingten Zustimmung hat Hitler sich geweigert, selbst zu kandidieren und hat auch in Gesprächen über die Mandatsjagd im völkischen Lager sich recht wenig schmeichelhaft geäußert. Dem Willen Hitlers entgegen, hat sich die revolutionäre und antiparlamentarische Bewegung in eine parlamentarische Partei gewandelt. Doch das ist nicht ihre einzige Wandlung. Die Nationalsozialisten geben vor, eine „Arbeiterpartei“ zu sein, doch was sich heute in ihr zusammendrängt, und was die Bewegung unterstützt, das sind zum großen Teil Bürgerliche und Angehörige der Kapitalistenklasse, Studenten, ehemalige Offiziere, die alle zu dieser Partei gestoßen sind, weil sie in ihr das Mittel zur Erreichung

## Macdonalds eheliche und dauernde Freundschaft mit Herriot.

Das Ergebnis der Pariser Besprechungen.

Paris, 9. Juli. (Eigenbericht.) Das offizielle Kommuniqué über die Pariser Unterredung zwischen Macdonald und Herriot erklärt, daß der wesentliche Gegenstand der Londoner Konferenz die Durchführung des Sachverständigenplanes ist. Die Alliierten versichern erneut, den Sachverständigenplan anzunehmen. Die Reparationskommission soll den Zeitpunkt festlegen, in dem die Wirtschaftskontrolle über das Ruhrgebiet aufgehoben wird, nachdem der Sachverständigenplan in Kraft getreten sein werde. Die Feststellung absichtlicher Verfehlungen Deutschlands soll die Reparationskommission treffen; für den Fall, daß die Mitglieder der Reparationskommission sich nicht über das Vorliegen einer Verfehlung einigen können, ist der im Gutachten vorgegebene amerikanische Generalagent für die deutschen Zahlungen hinzuzuziehen. Nun entsteht natürlich die Frage, ob Amerika dieses Schiedsrichtertum annehmen wird. Die Reparationskommission beruht auf dem Versailler Vertrage und diesen hat Amerika nicht ratifiziert. Darüber hinaus besteht sowohl in England wie in Amerika eine scharfe Gegenpartei gegen die Reparationskommission überhaupt. Es ist also möglich, daß diese Pariser Vereinbarung zwischen Macdonald und Herriot keineswegs die endgültige Lösung dieser Frage bedeutet. Die Entscheidung wird ja die Londoner Konferenz selbst zu treffen haben und es ist möglich, daß dann jenes Kompromiß abgeschlossen werden wird, das schon seit einigen Tagen in der Presse erörtert wird, daß vielleicht doch eine Berufungsmöglichkeit gegen den Spruch der Reparationskommission an den Haager Schiedsgerichtshof oder an eine neu zu schaffende internationale Instanz eingeführt werde.

Macdonald selbst empfing heute nachmittags nach Beendigung der Besprechungen die Presse-

vertreter und gab ihnen längere Erklärungen ab, in denen er betonte, daß das soeben erzielte Resultat den Anfang dauernder Zusammenarbeit zwischen England und Frankreich darstelle. Er und Herriot seien ebenso wie England und Frankreich ehrliche und dauernde Freunde, aber jede gesunde Lösung brauche Zeit, sie könne nicht überstürzt werden. Weder er noch Herriot seien Zauberer. Die Lösung in diesen schwierigen Fragen aber erfordere außerdem viel Arbeit und großen Mut. Macdonald erklärte weiter, daß die beiden Ministerpräsidenten eine gemeinsame Note verbrodet hätten, die die beiden Memoranden zur Zusammenberufung der Londoner Konferenz enthalten soll und allen Alliierten zugehen werde. Sie werde jedoch Deutschland nicht zugehen, da sie nur die Alliierten interessiere. Es geht aus den Äußerungen Macdonalds nicht hervor, ob mit dieser gemeinsamen Note das vorherstehende Kommuniqué gemeint ist.

Beim Verlassen des Außenministeriums erklärte Macdonald dort wartenden Pressevertretern, daß der heutige Tag hart gewesen sei, aber ein gutes Ergebnis geliefert habe. Noch am Samstag ist Macdonald nach London abgereist. Am Sonntag aus London gemeldet wird, wird die große politische Debatte, die morgen im Unterhaus beginnen sollte, noch um einige Tage verschoben werden. Im englischen Unterhause selber hat gestern die Finanzkommission die ganze Nacht hindurch bis heute früh fünf Uhr getagt und ein Führer der Arbeiterpartei, Genosse Kellogg, erlitt infolge der Ueberanstrengung einen Ohnmachtsanfall, so daß er ins Spital gebracht werden mußte. In London selbst war man am Abend über den Ausgang der Pariser Besprechungen noch nicht unterrichtet, und war sogar an den Regierungsstellen auf Kombinationen auf Grund der Pariser Zeitungsmedungen angewiesen.

## Die Tschechoslowakei wird in London liebigen.

Prag, 9. Juli. Das Presbüro meldet: In den letzten Tagen kam es zu einem Gelebensausaustausch zwischen der tschechoslowakischen und der englisch-französischen Regierung über die Teilnahme der Tschechoslowakischen Republik an der Londoner Konferenz. Mit Rücksicht auf die formalen Schwierigkeiten in be-

zug auf die Einladung der Tschechoslowakischen Republik, die an der Konferenz von Spa im Jahre 1920 nicht teilgenommen hat, wo über die Aufteilung der Reparationszahlungen ein Beschluß gefaßt worden ist, wurde am 8. Juli d. J. ein Einladungsbescheid der britischen Regierung der tschechoslowakischen zur indirekten Teilnahme an

ihrer konterrevolutionären Ziele erblicken. Unter Hitler rekrutierte sich die Anhängerschaft aus den ratlosen, verängstigten Menschen, denen Krieg und Inflation den Boden unter den Füßen weggerissen hatte, kleinen Handwerkern, Rentnern, Witwen, altlichen Mädchen und sehr vielen Angehörigen der intellektuellen Berufe, deren jugendlicher Nachwuchs der Partei die aktivsten Elemente stellte. Seit Ludendorff faktisch an Hitlers Stelle getreten ist, ist schon der Name der nationalsozialistischen „Arbeiterpartei“ durch die Bezeichnung „Freiheitspartei“ ersetzt worden und in der Führung der Partei, wie auch in ihren Forderungen sind fast durchwegs hohe Beamte, Oberlandesgerichtsräte, Generale, kurz Leute, die mit der Arbeiterschaft niemals auch nur die losesten Beziehungen unterhielten. Früher war die nationalsozialistische Partei doch immerhin so etwas wie eine proletarische Partei, wenn auch die Partei eines Proletariats, das sein proletarisches Schicksal entweder noch nicht begriffen hat, oder zu dunkelhaft ist, um es anzuerkennen. Jetzt dagegen hat die Bewegung längst sogar diesen äußeren Anstrich verloren. Die Wandlung der Partei und der keineswegs beigelegte Streit über die Taktik waren es sicherlich, die Hitler bewogen haben, auch formell die Leitung der Partei niederzulegen.

Knapp acht Monate sind es her, da strahlte Hitlers Ruhm noch im vollen Glanze. Das war die Zeit, da Hitler und Ludendorff Deutschlands großer Kriegsspieler, den be-

rühmten Bierkellerputsch inszenierten, von München aus den Reichspräsidenten für abgesetzt und die nationale Diktatur für verhängt proklamierten. Alle konterrevolutionäre setzten ihre Hoffnungen nach Wiederherstellung der alten Zustände auf diesen einen Hitler, der nicht nur nach Berlin marschieren wollte, um die „Judenregierung“ zu vertreiben, sondern der auch über den Rhein zu ziehen versprach, um die stärkste Militärmacht Europas niederzuwerfen. Damals waren es immerhin Zehntausende, die sich dem wirklichkeitsfeindlichen Kausch, der von Hitler vorgetragenen billigen nationalsozialistischen Versammlungssphären hingaben, ihm zuzubekommen, und die in ihm den Retter aus Deutschlands Not erblickten, das immer wieder von inneren Wirren und Zerstörungen heimgesucht wurde. Es war die Sucht, den Neger und die Verbitterung los zu werden, den die Enttäuschungen des harten deutschen Lebens in den Menschen angehäuft hatten, die die Reihen der Hitlergardien auffüllte. Seither ist die schillernde Blase geplatzt. Der Prozeß, der dem mißlungenen Novemberputsch folgte, hat Hitler, den Helden der Sakenkreuzler, als einen hohlköpfigen Wicht enthüllt, als einen schweren Nymphomantiker und Hysteriker, der mit aufgerissenem Munde Befehle von sich gab und der manches gelesen, aber nichts verstanden hat. Alle die Münchner Helden, Hitler voran, entpuppten sich als späte Nachkommen des Nitters Don Quixote von der traurigen Gestalt, der Riesen zu töten meinte, wenn er gegen

der Konferenz übermittelt. Die tschechoslowakische Regierung wird über den Fortgang der Verhandlungen genau informiert und ihr das notwendige Material zur Verfügung gestellt sowie die Gelegenheit geboten werden, ihren Standpunkt zu einzelnen Fragen bekanntzugeben und der Konferenz ihre Ansichten und Vorschläge zu unterbreiten. Die tschechoslowakische Regierung wird also die Möglichkeit haben, ihre Interessen wahrzunehmen. Zum Vertreter der tschechoslowakischen Regierung wurde der Londoner Gesandte Dr. Mastny bestimmt.

## Breitsteid über seinen Besuch bei Herriot.

Berlin, 9. Juli. Reichstagsabg. Gen. Rado: Breitsteid, der kürzlich aus Frankreich zurückgekehrt ist, sprach Dienstag vor den Berliner Funktionären der Partei über die deutsch-französische Verständigung. Dabei führte er u. a. aus: Ein großer Teil der ausgewiesenen Ruhrbevölkerung ist zurückgekehrt. Unseren Nationalisten ist dies sehr unangenehm. Ihnen ist Rhein und Ruhr nichts als ein Mittel für ihre Parteipolitik. Wer behauptet, daß Herriot nichts anderes ist als Poincaré, kennt ihn nicht oder sagt die Unwahrheit. Herriot ist der ehrlichste und offenste Politiker, dessen Ziel es ist, Frieden in Europa zu schaffen. Auch er hat die Verhältnisse zu berücksichtigen: Bis jetzt sind die Geleise, die das Sachverständigengutachten erfordert, in Deutschland noch nicht geschaffen und man kann von dem französischen Ministerpräsidenten nicht erwarten, daß er Sicherungen aus der Hand gibt, bevor Deutschland alles zur Durchführung des Sachverständigengutachtens getan hat.

Breitsteid erwähnte dann die Widerstände, die Herriot zu überwinden habe. Weiter erklärte er: Wenn die Deutschnationalen für die Geleise zur Ausführung des Sachverständigenplanes stimmen, ist es möglich, daß sie in die Regierung eintreten, was eine Gefahr nach außen und innen bedeutet. Wir haben alles zu tun, um die Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung zu verhindern. Zum Schluß sagte Breitsteid: Ich habe mit Herriot gesprochen als ein Privatmann und er hat mich angehört als Freund, als Mensch.

Der „Vorwärts“ bringt ein Interdikt seines Genfer Vertreters mit dem Vorsitzenden der internationalen Arbeitslosen Genossen Hjalmar Branting, der erklärte: Eine Mehrarbeit in Deutschland kann man mit den Reparationsleistungen nicht begründen; denn die an den Reparationen beteiligten Staaten haben ausdrücklich festgestellt, daß die Reparationsleistungen nicht eine Schädigung der sozialen Ansprüche der deutschen Arbeiter zur Folge haben sollen.

Hitler ist gewesen. Auch wenn er, aus der Festungshaft zurückgekehrt, sich wieder dem politischen Leben zuwenden sollte, wird sein Nimbus nie wieder erstrahlen. Hitler war, wie die nationalsozialistische Bewegung überhaupt, ein Produkt der bis ins Weibchen kranken Nachkriegszeit, er war als erfolgreicher Führer seiner Gründung nur möglich, solange die nationalsozialistische Saat durch das am deutschen Volke verübte Unrecht gedüngt wurde. Noch ist viel dieses Hasses vorhanden, noch ist der wirkliche Friede nicht gekommen, aber er bahnt sich trotz aller Hemmnisse, die ihm die Nationalisten in allen Ländern bereiten, seinen Weg. Hitlers Glüd, das war die Zeit, da die Menschen auf jene horchten, die am lautesten zu schreien verstanden. Es kommt die Zeit, da die Welt wieder auf die leisere Stimme der Vernunft horchen und das Ende der falschen Messiasse, wie es Hitler gewesen ist, bringen wird.

### Ein sozialistisches Agrarprogramm.

Die Vorschläge der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei.

Die Unabhängige Arbeiterpartei, der marxistische Zweig der britischen Arbeiterbewegung, hat sich auf ihrem zuletz in York abgehaltenen Parteitag eingeleitet mit der Agrarfrage beschäftigt. Der uns nun im Wortlaut vorliegende Bericht des Ackerbaukomitees legt Zeugnis davon ab, daß unsere englische Bruderpartei mit praktischem Sinn, theoretischem Ernst und großer Gewissenhaftigkeit an dieses schwierige Problem sozialistischer Gegenwartspolitik heranztritt. „Die Flucht der ackerbauenden Bevölkerung vor dem Pfluge und das Herabsinken des Landmannes zu einem schwindenden Industriearbeiter sind Gefahren, welche laut nach einer starken schöpferischen Ackerbaupolitik (scheiden).“ Nach diesen markanten Einleitungsworten untersucht der Bericht die Ursachen der Landwirtschaftskrise in England, die sich hauptsächlich in der Abnahme des Ackerbaues ausdrückt. Er findet sie in der Gleichgültigkeit und dem Wankmut der britischen Regierung, dem Mangel an Kapital für Verbesserungen, der Rückständigkeit der Mitarbeiter und der Unzulänglichkeit der Landerziehung. Alles Dinge, die auch in unseren Verhältnissen eine große Rolle spielen. Als vorteilhafteste Betriebsform bezeichnet er die industrialisierte Farm und nennt im folgenden die aufbauenden Gegenmittel der Arbeiter.

Die erste Bedingung des landwirtschaftlichen Aufbaues erblickt die berichterstattende Kommission in der Erhöhung der Arbeiterlöhne auf dem Lande. Die Löhne, die gegenwärtig den englischen Landarbeitern bezahlt werden, sind eine Kulturshande. (Dabei sind sie noch bedeutend höher als hierzulande.) Zur Erhöhung des Lohnniveaus wird die Bildung von Vereinen zur Bestimmung der Löhne beantragt (darunter dürfen autonome Schiedsgerichte gemeint sein). Um die elenden Wohnungsverhältnisse der Landarbeiter zu bessern, soll die Regierung im Rahmen ihres Wohnbauprojektes 200.000 neue Häuschen in England und Wales und ungefähr 75.000 in Schottland zur Verfügung stellen.

Ein Absatz handelt davon, wie die Ackerbauproduktion in die Nationalisierung (Sozialisierung) des Landes einbezogen werden könnte. Hier wird auf die Theorien des Gilde- und Nationalsozialismus zurückgegriffen. Zunächst (nationale Berufsgemeinschaften) sollen errichtet werden, um das jetzige System der Bewirtschaftung durch private Eigentümer planmäßig zu regeln. Für die Ubergangszeit schlägt der Bericht die Ausgestaltung der bereits bestehenden Ackerbaukomitees vor, die zu je einem Drittel von Arbeiter- und Unternehmerrvertretern und zu einem weiteren Drittel aus von der Regierung ernannten Experten zusammengesetzt wären. Diese Komitees hätten als Beauftragte der Regierung bei der Verwaltung des Landes zu wirken und die Verantwortung für gute Bewirtschaftung und Mitarbeit zu übernehmen. Sie sollten die Agrarproduktion beaufsichtigen und fördernd beeinflussen, denn der Bericht will ihnen das Recht einräumen, die Verpachtungen zu kontrollieren, unfähige Pächter zu entfernen (in England herrscht bekanntlich das Pachtsystem in der Landwirtschaft vor), sowie nachlässige Gutsherren zu freiwilliger oder Zwangsverkauf an zuverlässige Wirtschaftler zu bewegen. Das Kreditbedürfnis der Landwirt-

### Die Sozialversicherungsvorlage

im sozialpolitischen Ausschuss angenommen.

Prag, 9. Juli. Heute wurde im sozialpolitischen Ausschuss des Abgeordnetenhauses die Sozialversicherungsvorlage zu Ende beraten und angenommen. Die Vorlage muß jetzt im Budgetausschuß beraten werden und soll dann im Herbst bei Wiedereröffnung der Session als erster Gegenstand beraten werden.

Genosse Dr. Czoch hat nun gestern als Vorsitzender des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten an den Abg. Bohumir Pradas als Vorsitzender des Budgetausschusses, nachstehendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Kollege!

Zu Folge den Beschlüssen des Präsidiums des Abgeordnetenhauses soll die Sozialversicherungsvorlage bei Wiedereröffnung der Session als erster Gegenstand behandelt werden. Damit dieser Beschluß im Interesse der endlichen Fertigstellung dieser wichtigen Vorlage eingehalten werden kann, ist es notwendig, daß der Budgetausschuß ohne Rücksicht auf die Sessionspause die Beratung der Sozialversicherungsvorlage unverzüglich in Angriff nimmt. Da der sozialpolitische Ausschuß seine Verhandlungen morgen beenden dürfte, gestalte ich mir an Sie, als Vorsitzenden des Budgetausschusses, das Ersuchen zu richten, den Budgetausschuß sofort, und falls es für den 10. Juli nicht mehr durchführbar sein sollte, spätestens für einen der ersten Tage der kommenden Woche einzuberufen.

Indem ich Ihrer geschätzten Antwort entgegen sehe, zeichne ich

Hochachtungsvoll Dr. Czoch.

Die Beratungen des Ausschusses währten heute den ganzen Tag und galten der Beratung und Annahme der Paragraphen 96 bis 276.

Bei der Beratung der Begrenzung und Erhöhung der Beiträge stellt

Abg. Genosse Taub die Anfrage, ob bei Aufstellung der Berechnung der Staatszuschüsse bei der allgemeinen Sozialversicherung mit ein gerechnet wurde oder nicht. Redner erklärt

Die unabhängige Arbeiterpartei durch die Errichtung einer staatlichen Agrarbank befriedigen. Die Agrarbank ist als eine Abteilung des Nationalbanksystems gedacht, welches die Aufgabe hätte, das Anlagekapital in nützliche produktive Wege zu leiten. Auch wenn die Nationalisierung des Bankwesens ausgeschlossen würde, müßte die Agrarbank geschaffen werden. Unter Garantie des Staates soll ihre Aufgabe sein, allen Gesellschaften und Vereinen, die landwirtschaftliche Produkte in den Handel bringen, Samen oder Maschinen verkaufen oder die Landindustrie betreffende Unternehmungen (Rollereien, Fabriken für Marmelade, Zucker, Stärke, Spiritus) gründen Geldkredite zu gewähren. Ebenso sollen Kredite an geeignete Einzelbewerber abgegeben werden.

Das Hauptstück der Vorlage handelt von der Sozialisierung des Lebensmittelimportes. Es geht von der Voraussetzung aus, daß die Märkte Englands von der Einfuhr beherrscht werden und fordert ein Staatsmonopol für den Import von Weizen, Mehl und Fleisch. Das staatliche Einfuhr-

in Behandlung des § 107 weiter, daß es nach augen sehr gut wirken würde, wenn jene Personen die bereits durch längere Zeit auf die Sozialversicherung warten, von der Karenzfrist zur Gänze befreit wären oder in diesen Fällen nur eine ganz geringfügige Karenzfrist festgesetzt würde im Höchstsfall 100 Beitragswochen. Bei § 95 sei bereits eine Restriktion der Leistungen beschlossen, auf welche bei der mathematischen Berechnung keine Rücksicht genommen wurde, wodurch 16 Millionen erspart werden, die jetzt nicht der Allgemeinheit, sondern den Krankenversicherungsanstalten zufallen. Daher könnte die Karenzfrist herabgesetzt werden.

Die Änderungsanträge des Genossen Taub werden jedoch abgelehnt.

Der Ausschuß beschließt dann unter anderem nach einem Antrag des Abg. Langar, daß die zwei Mitglieder des Ausschusses, die den Versicherten angehören, nicht durch den Vorstand ernannt, sondern durch eine Generalversammlung gewählt werden sollen.

Nach Erledigung der letzten Paragraphen der Vorlage werden noch die Paragraphen 47 und 93 beraten. Bei Beratung des Paragraphen 93 entspann sich eine lebhafte und erregte Debatte über die Frage, wer darüber zu entscheiden hat, zu welchem Verbande die einzelnen Krankenversicherungsanstalten beizutreten haben. Genosse Taub stellte den Antrag, daß dieses Entscheidungsrecht dem Vorstand und nicht, wie es die Vorlage verlangt, einer Generalversammlung vorbehalten bleibt. Nach einer lebhaften Debatte, während der die Sitzung unterbrochen werden mußte, wurde der Antrag des Berichterstatters abgelehnt und mit 15 zu 9 Stimmen der Antrag des Genossen Taub angenommen, daß das Entscheidungsrecht den Vorständen nach durchgeführten Neuwahlen zukommt.

Zum Schluß gab der Ausschuß dem Abg. Winter das Recht, die Vorlage gemäß den angenommenen Anträgen umzuredigieren. Der Vorsitzende dankte schäfflich allen Abgeordneten für die während der Beratungen geleistete Arbeit und schloß die Sitzung des Ausschusses.

müßte mit einer staatlichen Garantie unter Aufsicht des Ackerbaueministers, aber als selbständige Ernährungsbehörde arbeiten. Seine Aufgabe wäre auch, langfristige Kontrakte mit organisierten Ueberseerzeugern zu suchen und Reserven im Ausland wie im Inland anzulegen. An diese Forderung knüpft sich der Hinweis, daß mit der Zeit eine internationale Kontrolle der Rohmaterialien und Hauptnahrungsmittel möglich sein wird. Bis dahin wollen die englischen Agrarsozialisten auf nationaler Basis weiterstreben und zunächst den Lebensmittelhandel im Inland planmäßig organisieren. Das Einfuhrmonopol des Staates soll die Handhabe bilden, die Preise für die wichtigsten Lebensmittel auf eine gewisse Zeit voranzukalkulieren und zu fixieren. Die Einfuhrbehörde würde den Inlandsabnehmern Lebensmittel, vor allem Getreide, zu einem festen Preis liefern, der zugleich als Höchstpreis für die Inlandsprodukte zu gelten hätte. Zwischen der Höhe der Weltmarktpreise und dem niedrigsten Durchschnittspreis für Brot hoffen die Antragsteller einen genügend weiten

Spielraum zu finden, der es ermöglicht, daß die Produzenten bessere Preise ohne Schädigung der Konsumenten erzielen. Ferner wird in diesem Zusammenhang bemerkt, daß die Errichtung von Stadt- oder Konsumbäckereien wünschenswert und das Mehlgewerbe für eine Sozialisierung reif ist. Die Durchführung dieses Versorgungsplanes würde einer Zusammenarbeit mit den Konsum(Genossenschafts)Mäulen mit einschließen. Auf der anderen Seite sind die Antragsteller der Meinung, daß feste Preise dem Landwirt eine größere Sicherheit bieten, ihn von den Sorgen der Preisschwankungen befreien und ihm die Möglichkeit geben, sich mit Leib und Seele der Produktion zu widmen. Der Fleischimport würde ähnlich behandelt werden. Bezüglich der Milchwirtschaft wird Nationalisierung des Großhandels im Inlande, Festsetzung von Richtpreisen, ferner Detailverkauf durch Konsumvereine und Stadtbezirke gefordert.

Schließlich fordert der Bericht die Festsetzung billiger Pachtzinsen und das Verbot der Erhöhung der Pachtpreise durch die Gutsbesitzer, außer bei Verbesserungen. Dann kommen noch allgemeine Forderungen, wie Versorgung der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Industrien durch den Staat mit elektrischer Energie, eine bessere landwirtschaftliche Ausbildung, Transporterleichterungen, Ausdehnung des Konsum(Genossenschafts) Handels, Munizipalisierung der Schlachthäuser und ein System der Staatsversicherung für die Ernte und Magazine. Abschließend wird nochmals betont, daß der Schlüssel zum Sparproblem die Kontrolle des Großhandels und der Preise des Großhandels sei. Diese bringt das Land unter öffentliche Bewirtschaftung und bricht die soziale Tyrannei des Dorfes.

Vieles an den Vorschlägen ist den spezifisch englischen Verhältnissen angepaßt, wo die Landwirtschaft durch ein ausgebreitetes Pachtsystem repräsentiert wird. Aber die allgemeinen Linien der sozialistischen Agrarpolitik kommen darin doch zum Ausdruck. Auch die österreichischen Genossen fordern die Einführung eines Getreidemonopols, auch die Arbeiterparteien Mitteleuropas näherten sich in der Praxis immer mehr dem Standpunkte, daß das proletarische Genossenschaftswesen an der Beseitigung des Zwischenhandels zwischen Lebensmittelproduzenten und Konsumenten, somit an der Lösung der Agrarfrage mitzuwirken habe. In der Landarbeiterfrage herrscht gleichfalls volle Uebereinstimmung. Interessant ist, daß die englischen Genossen gleichfalls der Landwirtschaft eine stabile Grundlage geben wollen, wie es der österreichische Bundespräsident Gaimisch in seinem Buche über die Landflucht empfiehlt. Gaimisch will das durch eine Fixierung der Bodenpreise erreichen, der vorliegende Bericht des Ackerbaukomitees durch eine Fixierung der Lebensmittelpreise. Fast ist eine Aufgabe so schwierig wie die andere, nur könnte im letzteren Falle die überragende Bedeutung Englands im Weltmarkt eine für das Projekt günstige Rolle spielen. Das Agrarprogramm der Unabhängigen Arbeiterpartei ist ein Beweis, wie der englische Sozialismus mit starkem Kraftgefühl die schwierigsten Probleme anpackt, es zeigt aber auch, daß die allgemeinen festen Linien einer sozialistischen Agrarpolitik nach langem Suchen und Tasten auf dem Boden der Praxis langsam verarbeitet werden.

### Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Stirn, meint, „Ihr ist kalt“, ohne zu verstehen. Charlotte kämpft mit Tränen, lüftet die Hand, die hinstreckt. „Geh, geh, geh“, ruft sie, „geh, geh, geh“, ruft sie, „geh, geh, geh“, ruft sie. Der Schweigt wie immer, folgt ihr geborjam und glaubt, wie sie, auf Fußspitzen den großen Saal durchschreiten zu müssen. An demselben Abend hatte Charlotte eine Verabredung mit Martha am unteren Ende der Chaussee Clignancourt. Sie wollen zusammen in den Moulin Rouge. Marthe hat schon Eintrittskarten.

Charlotte zieht sich sehr sorgfältig an, hält sich für entschlossen. Ihr Vater hat sie besetzt, entehrt; wenn man es recht bedenkt, hat er ihr keinen so großen Schaden zugefügt. Ihre Mutter hatte recht, der Sache keine Bedeutung beilegen zu wollen. Im Gegenteil. Er hat ihr einen Dienst geleistet, so hat sie jetzt keinen Grund zu zögern. Was will sie denn sonst machen? Was soll aus ihr werden? Vielleicht hat sie Glück. In jedem Fall — von den Männern kann ihr nichts Schlimmeres geschehen, als allen Frauen, die sie kennt. Armandine hält was von der Liebe, an die Charlotte nicht ohne Furcht und Ekel denken kann. Aber Madame Porcher hat geliebt, sich getötet. Lucie liebt — man beutet sie aus. Nur Lili ist glücklich gewesen. Sie ist tot — ein Glück für sie. So wird sie die Fortsetzung nicht erfahren. Charlotte sieht ihr armes Gesicht vor sich. Es ist ganz ausgeblüht. Sie schaudert. Sterben — dazu ist Zeit, wenn es ihr nicht gelingt. Wenn sie ein Kind nicht los werden kann. Marthe hat gut reden. Das ist möglich. Charlotte erinnert sich jetzt eines Medikamentes, das Mutter im Anfang ihrer Schwangerschaft getrunken. Sie wurde krank. Charlotte verstand nicht ganz. Mutter hatte eine Geschichte von vergifteter Milch erzählt, die aber sonst niemandem geschadet, und auf diesen Einwand der Aeltern erwidert: „Aber so laß mich doch in Frieden. Ich hab ein Abführmittel genommen.“ (Fortf. folgt.)

### Die kleine Lotte.

(38)

Von Simone Sobbe.

Uebersetzt von Dr. Anna Kuhnbaum, Copysrecht by Internationales Verlag „Renaissance“, Wien.

Vater Decoiffer hätte ihr wohl, ohne Beforsung sich zu tauschen, eine schöne Laufbahn voraussetzen können, unter der Bedingung, daß Stolo nicht hindernd eingreife.

Inzwischen muß man leben. Deshalb zieht Marthe erst, gegen Abend um 5 Uhr, Charlotte mit sich auf die großen Boulevards. Die beiden jungen Mädchen bleiben vor den Auslagen der Warenhäuser und der Juwelenhändler stehen. Marthe hat einen eigenen Schmied. Leicht geschieht es, daß man ihr folgt, sie anspricht. Männer sagen ihnen obszöne Worte, bitten ihnen brutal Geld an. Andere geben sich Mühe, ihre Reden ein wenig anzuschmücken. Marthe hat sie zum besten, hofft immer auf den „ersten Mann“, der sich nicht entschließt zu erscheinen. Gegen 7 Uhr, meint sie, man könne zum Abendessen gehen. Sie treibt die Freundlichkeit für Lotte so weit, die vorteilhaftesten Angebote anzuschlagen, wenn es nicht zwei sind. Doch Charlotte, blaß und zitternd, versichert zu Ende immer. Nicht zu Abend essen ist für sie nicht Entbehrung sie ist niemals hungrig. Vielleicht hätte sie auf Männer gehört, die in der Fern höflich waren, aber Marthe will das nicht. Die würden sie deankriegen, ohne zu zahlen. Besonders die Kleine, Charlotte war fähig, sich in einen von ihnen zu verlieben, ein Kind zu bekommen, mit dem man sie, noch elender als zuvor, zurücksetze. Marthe weiß davon ein Lied zu singen: so hatte sie blöderweise mit einem sogenannten Studenten begonnen, der sie im Walde von Chaville vergewaltigt. Er sagte ihr Gedichte auf und ließ sie vor Hunger krepiern.

Finder Marthe jemanden nach ihrem Geschmack, gestattet sie Charlotte zu gehen, da diese

ja von nichts hören will. Aber der Gedanke ist ihr peinlich, daß die Kleine nicht zu Abend essen wird. Charlotte wehrt sich, erklärt, sie sei krank, beginnt zu laufen, bis sie heimkommt. Oft folgt ihr der zweite, den Marthe angehalten, gibt es übrigens bald auf. Außer Atem langt sie zu Hause an.

Marthe geht an anderen Abenden auch auf den Ball, versucht vergebens, die Freundin zu überreden. Bietet ihr am nächsten Morgen Geld an, das Lotte zurückweist. Warum wehrt sich Charlotte so? Sie tadelt diese Handlungsweise nicht. Darüber sieht ihre Meinung fest. Sie weiß wohl, daß ihr in diesem Leben nichts anderes zu unternehmen übrigbleibt. Doch kaum ist sie heimgekehrt, verflücht sie sorgsam zweimal ihre Tür, atmet auf wie ein Verurteilter, der erfährt, daß es noch nicht für heute ist. Sie legt sich, das Gesicht in die Kissen vergraben — um zu schlafen, zu schlafen. Nämlich nichts zusammen, findet kaum den Mut, sich am nächsten Morgen anzukleiden, in die Werkstatt zu gehen. Sie versucht es, sich Verlaufs zu zusprechen, wiederholt sich, daß sie ja doch schon verloren sei. Und wenn doch alle, alle so enden müssen! Sie klagt sich der Feigheit an, wie damals vor dem schwarzen Wasser. Sie beneidet Marthe. Marthe wenigstens weiß, was sie will, lebt für etwas, aber wozu? Dann beneidet sie Lili, Lili, die sterben wird.

Donnerstag und Sonntag besucht sie die Kranke mit Armandine. An der Tür treffen sie Anatol mit Vertchen und Rosa. Oft begleitet Marthe, bringt Nektars und Orangen, Anatol und Charlotte haben Vesichensträußchen.

Man läßt Lili tun, was sie mag. Man erlaubt der Mutter, jeden Tag zu ihr zu kommen. Sie liegt in einem kleinen weißen Bett, am Ende eines großen Saales. Charlotte durchschreitet ihn auf den Fußspitzen, obgleich alle Leute viel Lärm machen. Sie ist traurige, ängstliche Blöde auf die anderen Betten, die in Reih und Glied stehen. Manche Kranke haben zahlreichen Besuch. Der

Phenolgeruch verursacht ihr Ueblichkeiten, Schwindel ergreift sie, sie muß sich halten, um nicht an dem Bett eines Kranken zu weinen, der niemanden hat.

Lili schreit kaum zu erkennen, spricht nicht. Sie saßt Anatols Hand, versucht ihm zuzulächeln. Die Mutter sitzt an der anderen Seite des Bettes, plaudert heiter. Bruder und Schwester erzählen Geschichten, Neugierigen von dem und jenem, streiten zum Scherz. Marthe und Charlotte antworten. Vertchen kreuzt die Arme, sagt:

„Na — Alte — wunderst dich nicht? Hast ja einen Salon — es fehlt uns nur noch das Abführmittel.“

So nennt Vertchen den Tee, den man bei Armandine nur bei besonderen Gelegenheiten trinkt.

An diesem Donnerstag können nur Anatol und Charlotte Armandine begleiten. Marthe ist nicht in der Werkstatt erschienen. Alle drei stimmen überein, Lili rebe es besser — obgleich sie viel schwerer atmet als gewöhnlich. Sie muß in ihrem Bette sitzen, Armandine erzählt ihr: sie hat Anatol adoptiert, er schläft mit Vertchen.

„Wie ich ihm sagte — so werden Sie ruhiger sein — werden jemanden haben, zu dem Sie von unserer Lili sprechen können. Und dann gewöhnt er sich so an die Wirtschaft.“

Lili streckt die Hand aus, die Mutter an sich zu ziehen. Diese beugt sich nieder, stößt den jungen Mann zurück, der ein Gleiches tut. Das junge Mädchen wirft sich hintenüber — „Mutter!“ Armandine drückt sie an sich, wiegt sie hin und her. „Lili, meine kleine Lili.“ Sie legt sie auf das Kissen, schließt ihr die Augen und sagt zu Anatol, ohne ihn anzusehen, mit dumpfer, zitternder Stimme:

„Sie sollten heimgehen, mein Junge, es ist Ihre gewohnte Zeit. Lili schläft, umarmen Sie sie, werden Sie sie nicht auf.“ Schüchtern drückt Anatol einen Kuss auf ihre

# Inland.

## Zur Frage der Aufhebung der Brüner deutschen technischen Hochschule.

Prag, 9. Juli. Im Senatorenklub der tschechischen nationalsozialistischen Partei wurde bekanntlich der Antrag auf Aufhebung der deutschen Technik in Brünn gestellt. Der Obmann des parlamentarischen Schulausschusses Abg. Spin hat diesbezüglich den führenden Sektionschef des Schulministeriums Dr. Valouh interpelliert und nachdrücklichst die Verweigerung gegen diese Absicht eingelegt. Der Sektionschef versicherte, daß von einer einseitigen oder überstürzten Lösung dieser Frage und deutscher Hochschulfragen überhaupt, seitens des Ministeriums nicht die Rede sein könne. Selbstverständlich beschäftigte sich das Ministerium eifrig mit allen Bedürfnissen und geäußerten Wünschen der gesamten deutschen Hochschulen, also den Besetzungsfragen, der Neugründung von Lehrstühlen, dem Ausbau bestehender und der Gründung neuer Institute, der Frage der geforderten neuen Hochschulen (Tierarznei, Handel, Bergbau, Ausgestaltung von Tetschen-Lieberb), der Regelung der Baufrage usw. Dieser große Fragenkomplex, der das deutsche Hochschulwesen im ganzen Umfange betrifft, befindet sich im Stadium eifrigster Erhebungen, definitive Beschlüsse des Ministeriums wurden aber bisher nach keiner Seite gefaßt. Es sei notwendig, diesen Entschlüssen vorzuarbeiten durch Aussprachen des Ministeriums mit den maßgebenden Faktoren der deutschen Hochschulen. Diese Aussprachen sollen die Grundlagen für die bezüglich der Ausgestaltung der deutschen Hochschulen zu fassenden Beschlüsse des Ministeriums bilden.

## Selbstschutz gegen Korruption.

In seiner gestrigen Blattfolge weist das „Pravo Lidu“ darauf hin, daß die Staatsbeamten im Interesse ihres Rufes und der Reinigung ihrer Reihen jene Leute ausfinden sollte, die vertrauliche Akten aus den Ministerien systematisch verraten und nicht fertiggestellte Entwürfe von Regierungsvorlagen aus dem Antertragen. Jetzt sei wiederum ein solcher Fall vorgekommen. Das Finanzministerium bereitet einige Vorlagen finanziellen Charakters vor, die auch Banken betreffen und deren Kenntnis vor der Veröffentlichung den eingeweihten Banken einen gewissen Vorteil brächten. Die wichtigste dieser Vorlagen zirkulierte, bevor sie noch der engsten Beratung der koalitierten Parteien vorgelegt werden konnte, in einigen Abschriften in den Prager Banken. Es liege auf der Hand, daß es sich da um Korruption handle, vielleicht werde das neue Gesetz Remedur schaffen, aber noch besser könnten, schreibt das Blatt, die Staatsbeamten selbst Remedur schaffen, wenn sie ihren verräterischen und korrupten Kollegen dieses unlaute Handtuch legen würden.

**Die Aktivitätszulagen der Staatsbeamten.**  
Der Klub der tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten unternahm beim Finanzminister Schritte wegen Einreichung der Städte Neuern, Rekonig, Kutenberg in die höheren Klassen der Aktivitätszulagen. Das Ministerium antwortete, daß die bisherige Einreichung der Städte in die einzelnen Kategorien der Ortszulage auf Grund von Erhebungen des staatlichen Statistischen Amtes einer allgemeinen Revision unterzogen wurde. Einige Städte werden auf Grundlage der Zahl der Bevölkerung in andere Klassen versetzt werden. Bei vielen Städten wurde das Statistische Amt nachträglich um Erhebung der Lebens- und Wohnungsverhältnisse ersucht. Dadurch habe die

## Die alte und neue Zeit.

Von Adolf Hjarsti.

Sie werden es, meine Herrschaften, wahrscheinlich nicht glauben wollen, daß es in Berlin eine ganze Straße nur aus Denkmälern gibt. Jatwohl, eine ganze Straße! und sie heißt Siegesallee, und ich nehme an, daß sie so heißt, weil hier der feine Geschmack den Sieg über den Geschmack der ganzen Welt errungen hat, selbst über den italienischen Geschmack, der, soweit ich das an dem Victor-Emanuel-Denkmal in Rom (von dem ich eine schöne Ansichtskarte besitze) beurteilen kann, ein außergewöhnlich feiner Geschmack ist.

Ich habe mir die Siegesallee natürlich angesehen und bin lange in ihr gelinwandelt. Denn es ist eine Lust, zu sehen, wie man hier Deutschlands größere Männer ehrt und die in Marmor ausschaut, die des Aussehens würdig sind. In den Kostümen ihrer Zeit, in Panzern und mit langen Säbeln stehen sie da, die Ämie martialisch eingedrückt, die Brust heraus und den allerhöchsten Bauch herein, ganz aus weißem Marmor, wie Zuderguß, und zu ihren erhabenen Füßen spielt manchmal eine Kanone, manchmal ein Windspiel oder sonst ein hübsches Spielzeug. Und hinter ihnen in Halbkreis sind Bänke, damit man sie mit Ruhe von hinten betrachten kann und die Liebespärchen ihnen Freude machen, wenn sie nachts bei schönem Wetter auf diesen Bänken für die Vermehrung des Volkes Sorge tragen. Und an den beiden Enden der Bänke sind Büsten von berühmten Gelehrten, Künstlern und Erfindern, die dem hohen Herrn über ihnen ihre Gelehrsamkeit und Kunst ihre Erfindungen verdanken.

## Wer ist das?



HRusch

Zubendorff, der Führer der nationalsozialistischen „Arbeiter“-Partei.

# Großer Tumult in der Pariser Kammer.

### Provokationen der Poincaré-Clique.

Paris, 9. Juli. Bei der heutigen Durchberatung der Amnestievorlage in der Kammer kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Mehrheit und der Minderheit, die darauf bestand, daß das Amnestiegesetz von 1921 vollkommen hinreichend sei. Die Namen Caillaux und Malvy wurden wiederholt in die Debatte gezogen. Als der Abg. Routet (Sozialist) ausrief: „Hoch Caillaux!“ steigerte sich die Unruhe. Es kommt zu einem Zwischenfall, als der Abg. Ernest Lafont erklärt, daß Maginot als (Poincarés) Kriegsminister, sich von Mördern umgeben sah. Maginot verlangt von den Sozialisten genauere Aufklärung.

Aktion einen ungewöhnlichen Umfang angenommen, so daß die Erledigung der Angelegenheit längere Zeit erfordere.

**Zur Regelung der Feiertage.** Der tschechische sozialdemokratische Abgeordneteklub erhält nach dem „Fr. L.“ eine große Anzahl von Gesuchen, die darauf abzielen, es mögen einige Doppelfeiertage zwecks Veranstaltungen von Kongressen und Manifestationen beibehalten werden. So machte die tschechoslowakische Sologemeinde darauf aufmerksam, daß durch eine vollständige

Aufhebung der Montagsfeiertage große Manifestationen, Kongresse, Volksversammlungen, die auf Beteiligung der Landbevölkerung rechnen, unmöglich gemacht würden. Daher spricht sich die genannte Körperschaft für die Beibehaltung zweier Montagsfeiertage im Frühling und im Herbst aus, da diese Zeit für die Veranstaltung der bezeichneten Unternehmungen am geeignetsten sei. Auch die tschech. Sängergemeinde äußert den gleichen Wunsch. Das „Fr. L.“ bemerkt, daß trotzdem die tschechische sozialdemokratische Partei

Als Malvy sich zu Worte meldet, entsteht ein großer Tumult. General Saint Just macht eine Sandbewegung, als ob er gegen Malvy das Gewehr anlegen würde. Die Abgeordneten Routet und Malvy stürzen sich gegen die Rechte. Painlevé läßt die Tribüne räumen. Es kommt zu einem Handgemenge. Die Sitzung muß unterbrochen werden.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung weigert sich General Saint Just sich zu entschuldigen. Es wurde über ihn die Zensur verhängt und die Diskussion auf morgen vertagt.

„Was heißt besser leben? — Der will ich nicht sagen, denn zu fressen gab's damals ooch nicht richtig. Aberst wissen Se, wenn so ooch früher unter den Imperialismus nur'n Hungertlohn gaben, man hate doch wenigstens n Uneform! Schu Se mir an, die Mühe hier ist det einzige, wo id als Beamter kriegt. — Aberst früher: Geld gab's nich vilie, det stimmt, det war nur vor die Herren Borgefietten, aberst bei guter Führung ne silberne Lipe am Arm un'n Knopf mehr am Stragen und bei fünfundzwanzig Jahre Dienstzeit n breiten Mühenfchirm. Da jah doch wenigent det Publikum, dat man'n Beamter war un wat vorstellte. Heute, wenn id hier den Pferdemeist aufstarre, kan jeder denken, id bin feinesgleichen! — Wilhelm, der wußte Bescheid, „Das Militär und die Beamten sind die Stützen des Thrones!“ un wenn id hier auch zehnmal die Pferd:äpfel sammle, Wilhelm wußte, wat n Beamter wert ist, un sorgte vor Uneformen, damit man uns von die Siffilisten unterscheiden konnte.“ — „Gewiß“, unterbrach ich ihn, „aber —“ — „Die Republik, solange se nich vor Uneformen sorgt, kan gegen Wilhelmnen gar nich uffkommen. Silberne und goldene Lihen müssen heran. Uneformen mit ein' Knopf an'n adern, un Ordens, vill Ordens!“ — Denn sind wir Beamten ooch vor de Republik! — Sonst aber sage id: id bin un bleibe n Monarchist von alten Schrott und Korn!“ — und damit humpelte er mit seinem duftenden Karren stolz die Siegesallee hinunter.

Aus dem Buche „Die Reise nach Deutschland.“ (Verlag v. Gustav Kiepenheuer in Potsdam.)

In dieser Siegesallee kam ich mit einem alten Herrn ins Gespräch, der mit einer Kohlen-schaukel und einem Besen Pferdeäpfel in ein Körbchen sammelte.

„Auch wohl kein sehr einträgliches Geschäft!“ sagte ich. — „Leider nicht!“, erwiderte er. „Id bin nu bald vierzig Jahre im Amt, aberst wissen Sie, det wird immer! — und allens von die verdammten Autos! — Früher, na, id sage nur, dreimal so'n Karren voll den Tag, dat war gar nich! Un heute!? — Die Pferde wer'n immer weniga, det kommt, se brauchen ihr zu Kaiserjagdwurst und Frankfurter. — Und davor haben se nu die Autos. Un d'e machen ooch Pfist. pfft, aberst es kommt nich dabei raus!“

„Soso“, sagte ich, „aber ich meinte eigentlich: Es ist wohl nicht viel verdient bei dem Geschäft?“

„Gott, wissen Se, wat heißt heute vadienen? — Id als städtischer Beamter, ob id arbeete oder nich, id kriegt mein Geld immer! — Denn von den bischen Pferdredred, na, klar, davon wer id wohl keine Suppe auf'n Tische kriegen! — Aberst det ist ganz egal, ob id die Karren vollbekomme oder n'ch, denn id habe meene Gehaltsklasse! Und insoweit konnten mir die Autos schnuppe find, wenn nich unferrens doch ooch sein Ehrgeiz hätte!“

„Na, können Sie denn von so einem Gehalt leben?“

„Wat heißt leben? — Natürlich kann man n'ch davon leben! — Und id sage immer: det wird de höchste Eisenbahn, det die da“ und damit zeigt er mir seiner Kohlen-schaukel auf die Standbilder, „wiederkommen!“

„Meinen Sie denn“, sagte ich, „daß Sie dann besser zu leben hätten?“

grundsätzlich für die Annahme der vorgeschlagenen Regelung der Feiertage sei, müsse der Vorschlag auf Verlassung bestimmter Doppelfeiertage erwogen werden, denn er entbehre nicht einer triftigen Begründung.

**Ein Ermächtigungsgesetz zur Regelung der Handelsbeziehungen.** Das Außenministerium hat, nach einer tschechischen Blättermeldung, einen Gesetzentwurf über die provisorische Regelung der Handelsbeziehungen mit dem Auslande ausgearbeitet. Nach diesem Entwurfe soll die Regierung ermächtigt werden, mit Zustimmung des Präsidenten der Republik durch Kundmachung in der Sammlung der Gesetze und Verordnungen Handelsverträge mit ausländischen Staaten, die in der Zeit vom 1. Feber 1924 bis zum 31. Dezember 1925 vereinbart wurden, und in denen ausländischen Staaten für entsprechende gegenseitige Begünstigungen ebenfalls Zollleichterungen hinsichtlich des gültigen Zolltarifs gewährt werden, provisorisch in Kraft zu setzen. Die Regierung soll verpflichtet sein, solche Verträge sofort der Nationalversammlung mit dem Ersuchen um nachträgliche Genehmigung vorzulegen. In der Sammlung der Gesetze ist eine Nichtgenehmigung von Verträgen durch die Nationalversammlung zu verlaublichen, die damit die provisorische Geltung verlieren. Der Entwurf greift auch in den Komplex der Zollfragen ein, die eben den Gegenstand politischer Verhandlungen bilden und deshalb mit diesen erst erledigt werden kann.

**Der Fall Aderka.** Heute wird die Klage des Exekutivsausschusses der Volkspartei an das Wahlgericht gegen den Abgeordneten Aderka behufs Absprechung des Mandats aus unehrlichen und niedrigen Motiven, überreicht werden.

## Telegramme.

### Marx und Stresemann gehen nach London?

Berlin, 9. Juli. Eine der Reichsregierung nahebestehende Persönlichkeit äußerte sich über die Situation: In der französischen und der englischen Presse wird davon gesprochen, daß zwei Konferenzen statt einer stattfinden sollen, daß auf der ersten Konferenz sich die Alliierten untereinander einigen und daß dann erst die zweite Konferenz die definitiven Beschlüsse fassen soll. Der deutschen Regierung wäre es natürlich erwünscht, wenn es bei der einen Londoner Konferenz bliebe und Beschlüsse auf ihr gefaßt würden, denn die Aufgabe der deutschen Regierung, die Durchführungsgesetze zum Sachverständigenrat im Reichstage durchzusetzen, würde erleichtert werden, wenn sie bereits auf Beschlüsse der Londoner Konferenz verweisen könnte und in diesen Beschlüssen ein gewisse Berücksichtigung der deutschen Wünsche zum Ausdruck käme. Sollte Deutschland zur Londoner Konferenz eingeladen werden, würde nicht nur Dr. Stresemann, sondern auch Reichsfänger Dr. Marx nach London abreisen. Ueber den Termin des Zusammentritts des Reichstages wird der Reichsenrat des Reichstages beschließen, der morgen eine Sitzung abhält.

**Die Regierung wird auch vor einer Auflösung des Reichstages nicht zurückschrecken,**

um den Reichstag zu einer raschen Annahme der Durchführungsgesetze zu bewegen. Die deutschen Nationalen scheinen keine Neigung zu haben, es auf die Auflösung des Reichstages ankommen zu lassen.

### Die interalliierte Militärkontrolle.

Berlin, 9. Juli. (Eigenbericht.) Die Votschaf-terkonferenz hat die Antwort auf die letzte deutsche Note wegen der Militärkontrolle fertiggestellt und dem deutschen Votschafter in Paris übermittelt. In dieser Note nimmt die Votschafterkonferenz mit Genehmigung Kenntnis von der Annahme der Generalinspektion und betont, daß die Militärkontrolle erst aufgehoben werde, wenn die Generalinspektion ein befriedigendes Resultat geliefert habe und die bekannten fünf Punkte durchgeführt seien.

### Ueberfall auf einen Sowjetdiplomaten in Warschau.

Warschau, 9. Juli. Heute vormittags wurde der Sekretär der Sowjetgesandtschaft in Warschau, Kopecki auf der Straße insultiert und erlitt dabei leichte Verletzungen. Außenminister Zamoski, der über den Vorfall verständigt wurde, begab sich in die Sowjetgesandtschaft und sprach dem russischen Gesandten Dolencki das Bedauern der polnischen Regierung über diesen peinlichen Vorfall aus. Die Behörden haben die nötigen Schritte eingeleitet, um den Urheber und die Ursachen des Attentates zu eruiieren.

### Nach der 100. Abstimmung kein Kandidat.

New York, 9. Juli. (Reuter.) Der demokratische Konvent hat sich nach der 100. Abstimmung vertagt. Die Situation war folgende: Gouverneur Smith 31 Stimmen, der ehemalige Votschafter Davis 203, Mac Adoo 190, der ehemalige Minister für Alderba, Meredith, 75 Stimmen. Nach der 99. Abstimmung hat Mac Adoo seine Anhänger ihrer Verpflichtung entzogen.

Devisenkurse.

Table with exchange rates for New York, Paris, Berlin, and Vienna.

Anti-Ford.

Unter dem Titel „Anti-Ford, oder von der Würde der Menschheit“ ist im Verlag „Die Kuppel“ in Aachen eine Schrift Peter Munnichens erschienen...

Die soziale Frage steht in den Betrachtungen Fords im Mittelpunkt. Er zeigt damit, daß er die Weltlage richtig überblickt...

Die Anregungen, die er hier gibt, haben Anspruch auf weiteste Beachtung. Viel von seinen Methoden wird sich auf der ganzen Erde in Anwendung bringen lassen können.

Es gibt eine Schicht des Unterweltlichen, des Reinkraftlichen, und es gibt Fragen, die in dieser Schicht liegen und auch nur in dieser Schicht gelöst werden können.

Die Hemmungen in einer niederen Schicht können so föhrend und beanspruchend sein, daß alle Kräfte nicht frei werden können zur Auswirkung in einer höheren Schicht.

Wenn Ford helfen könnte, solche Hemmungen zu überwinden, dann käme ihm gar vom Kulturellen aus eine Bedeutung zu. Dann kämen wir auf einen Punkt, wo auch ihm ein metaphysischer Wert zugesprochen werden müßte.

Was er unter Sozialismus versteht, betrifft nur die Oberfläche des Lebens. Es ist Menschenrecht und Lebensversicherung und steht nicht viel höher als der Tierdunst. Er erstrebt, daß der Mensch anständig durch den Menschen behandelt wird...

Diese Art von Sozialismus betrifft aber nur den Menschen als Lebewesen, während das eigentlich Menschliche dadurch nicht berührt wird. Auch im Kulturellen gibt es einen Sozialismus — fast ist es falsch und gefährlich, dieses Wort hier zu gebrauchen — es ist nichts anderes als die Menschenliebe.

Des großen Menschen Sinn und Zuneigung zu seinen Mitmenschen und der damit gegebene Wille zu schützen und zu helfen, ist geboren aus dem Glauben an die Gottähnlichkeit eines jeden Menschen und an die Idee der Freiheit...

Sie ist geboren aus dem Glauben an die im Grund bestehende Einheit alles Geschaffenen. Und so wird in dieser Liebe nicht nur das andere Ich, das Du, sondern auch Tier und Pflanze und die Welt in ihrer ganzen Weite hineinbezogen.

Sie ist geboren aus dem Glauben, daß die Welt Ausfluß eines göttlichen Prinzips ist, daß alles durchflutet ist vom göttlichen Hauch, daß die Welt in irgend einer Form eine Entfaltung oder Selbstentfaltung Gottes ist.

Der freie Mensch der Fülle ist nicht verschlossen, er kann über sich selbst hinaus nicht nur eine verstehende, sondern eine unmittelbare Beziehung zu anderen Personen und Dingen finden.

Der Ford-Mensch bleibt immer in seiner Welt der Notwendigkeit, der Geschäftlichkeit. Eine reine Beziehung von Mensch zu Mensch gibt es für ihn nicht mehr.

Der Gros ist in ihm erstorben. Für den großen Menschen aber ist das Soziale im Tiefsten aus dem Gros geboren aus dem Hingebensein dem Verhasstesten an Wesen außer uns jenseits von Wert und Unwert.

Tages-Neuigkeiten.

„Historische Dokumente.“

Unter diesem Titel veröffentlicht der Duxer „Tag“ eine Notiz folgenden Inhalts:

„Die nationalsozialistische Partei erfucht alle Freunde und Parteigenossen, ihr Dokumente, Briefe, alte Schriften, die auf die völkische Arbeiterbewegung seit der Gründung und auch nachher Bezug haben, zuzusenden. Wir benötigen dieselben für das Archiv der Partei.“

Dann wird des Näheren ausgeführt, auf welche Art von Dokumenten die Herren Archivare besonderen Wert legen, beispielsweise: alte Zeitungen, Plakate Briefe der Führer und so weiter. Obwar sich diese Aufforderung nur an die Parteifreunde der Nationalsozialisten richtet, sind wir doch gerne bereit, auch unser Scherzlein zu diesem Archiv beizutragen. Nebenbei erlauben wir uns, zu bemerken, daß wir den neuen und originellen nationalsozialistischen Ge-

denken einer Partei-Dokumentensammlung schon seit längerer Zeit der Partei des Herrn Knirsch im Vorhinein nachgehakt haben. Aus unserem Archiv könnten wir den Nationalsozialisten beiläufig zur Verfügung stellen: einen Stofz Dokumente über die Streikbruchleistungen der Gelben in den letzten Jahrzehnten, einen ebenso großen Stofz über die arbeiterfeindlichen Abstimmungen der Fahrner-Partei im Reichsrat, ferner aus jüngerer Zeit eine ausführliche halenkreuzlerische Chronik, der wir — fix wie wir sind — schon das Renesse über Klosterneuburg beifügen können. Wenn dann die Nationalsozialisten aus eigenem der Sammlung noch sämtliche Listen über die Spenden einverleiben, die sie so im Laufe der Jahre von den Industriellen erhalten haben, wird das ein Archiv geben, das sich immerhin sehen lassen kann. Außerdem können wir, die wir schon ein wenig Pragis im Archivieren haben, den Nationalsozialisten auch noch ein paar technische Winke geben. Zum Beispiel empfehlen wir ihnen vorderhand, folgende Mappe anzulegen: Münchener Bräuhausputsch, Primadonna Stiller, Kampfgenossenschaft mit den deutschnationalen Industriehäuptlingen, Judeninzerate in der halenkreuzpresse, gemeinsame Kandidaturen mit den jüdischen Deutschdemokraten, Pogromartikel, Tschechenbebe im alten Oesterreich, Renegaten (siehe Volksschad, Dr. Schilling usw.).

Das würde so fürs erste wohl genügen. Mit Rat und Tat wollen wir aber auch fernerhin und immerdar den Nationalsozialisten zur Seite stehen. Die sozialistische Arbeiterbewegung hat das größte Interesse daran, die Schätze dieses neu entstehenden Archivs kennen zu lernen, weshalb wir den halenkreuzlern zum Schluß noch nahelegen, baldmöglichst, nach dem Muster unseres Aufrüger „Hauses der Arbeit“, ein „Haus der Gelben“ zu errichten. (Eintritt nur für Krier, Unternehmer zahlen die Hälfte.)

Germanische Götterlehre und Halenkreuz.

Die Halenkreuz-Bajazzi gebärden sich, als ob sie mit Wotan und Thor, mit Arminius oder Marbod Bruderschaft getrunken hätten. Sie wissen nicht, daß die germanischen Völker sich ursprünglich in ihrem stolzen Freiheitsgefühl gegen jeden Herrschsüchtigen, der nach der Krone griff, zur Wehr setzten, daß selbst Arminius, der den vertrauensseligen Varus und seine wehrlose Streitmacht bei einem friedlichen Fest (Wilseder: Deutsche Vorzeit) nieder machte und dessen Denkmal im Teutoburger Walde steht, von den eigenen Volksgenossen ermordet wurde, weil er, wie gemeindet wird, nach der Königskrone trachtete. Der Ruf „Nie wieder Krieg!“ soll undeutsch sein. Dabei lehrt die tiefste aller Schöpfungen der germanischen Götterlehre, daß alles Unheil in der Welt vom Krieg und nur vom Krieg herrührt. Wir lassen hier den Erzbißhof von Upsala, den bekannten Professor der Religionsgeschichte (früher in Leipzig und in Upsala) Söderblom sprechen. Er schreibt in seiner Einführung in die Religionsgeschichte:

„Im Eddagang Volupa (Weisagung der Wisa) läßt der Dichter der Edda ein prophetisches Weib, Volva, über die Zeiten hinschauen, beginnend mit der Zeit, da nichts war, weder Meer noch Wellen, weder Erde noch Himmelskugel, und endend mit dem Untergang aller Dinge im Feuer und ihrem Wiederaufstehen in neuen, leuchtenderen Farben. Das Böse kommt in der Welt mit dem ersten Krieg, da Odin an der Spitze der Aßen den Speer schwingt über das Meer der Wanen; der Krieg erzeugt Eiddbruch, alles drängt zur Auflösung, Brüder kämpfen mit Brüdern; der Weltbaum Hydrafil erbebt, der Riese Fenrir reiht sich los, und zum Streit erheben sich die Scharen der Götter und Aßen, so daß die Erde erzittert. Aber da die Götter und ihre Feinde gefallen, die Sonne erloschen, die Erde im Meer versunken, erhebt sich nun ein neues, lichter Land aus dem Meere; Wäde strömen über Felsen, der Adler schwebt am Himmel, die Saat wächst auf dem Ader und Väder kommt zurück.“

„Die Saat wächst auf dem Ader.“ Das bedeutet: Der ewige Friede ist angebrochen, der Krieg verheert nie wieder die Fluren! Volter, der reine, der Lichtgott kann endlich zurückkehren. Was aber unsere Mischaffen-Halenkreuzungen für urgermanisch halten, gehört bereits einer späteren Zeit der Verwilderung an. Wer lassen wieder Prof. Söderblom sprechen:

„In der Wäingerzeit bekam das Leben ein neues Gepräge. Während vorher der Hauptsächlich der erste Bauer im Dorf war, wird er nun ein Kriegsfürst, der den Sommer auf dem Wäingerzug zubringt oder wohl auch ein neues Reich auf fremder Erde gründet. Um ihn sammeln sich eine Schar abenteuerlicher junger Männer, die ihn auf seinen Zügen begleiten und im Winter ihr Leben mit Trinkelagen und Festen in der Königshalle zubringen. In der Edda paart sich mit der Verwunderung der Krieger für den ritterlichen Gott (Odin, D. Nid.) die Verachtung vor dem Bauern und seinem gütigen, aber schwerfälligen Gott Thor.“

Was selbstverständlich ist. Denn der vom Kriegerstand stets verachtete Bauer wird immer, sofern er kein Narr ist, den ewigen Frieden lieben und ersehnen. An die alten Germanen erinnern bei unseren einheimischen Etappenhelden und Heimkrieger wahrhaftig höchstens die ewigen Saufgelage und „Festveranstaltungen“; ihre Großmäuler dagegen sind ganz entschieden neudeutsches Buchtergebnis.

Bornehme Gäste.

Von Erna Büsing (Berlin). So, als ob sie etwas Besonderes ankündigten, betreten die vier das Restaurant. Wählerisch suchten die beiden Damen und die beiden Herren in dem bis auf den Stammtisch gestöfzen Raum sich einen Platz. Sie bestellten Kaffee und sahen verächtlich auf die Alpalalöffel, die in ihrer Unverbräuchtheit sich noch ganz neit machten. Dann verlangten sie die Speisekarte. Nachdem sie den Magenfahrplan mit suchenden Augen durchgesehen hatten, fragten sie mit Erstaunen in der Stimme: „Ist das die große Speisekarte?“ Worauf der Kellner wie ein Taschmesser zusammenknühte und alleruntertänigst sagte: „Wir haben nur die eine Speisekarte.“ Darum verfehte der Wirt ihm, als er mit der Bestellung an das Büffet herantrat, einen kleinen Kruff und sagte: „In einem solchen Falle macht man eine Ausrede. Man sagt, die Karte sei sonst reichhaltiger, aber es sind jetzt so viele Stammgäste verweist usw. Das sind doch vornehme Gäste, das müssen Sie doch auch sehen!“

Der Stammtisch lärmte, seiner Gewohnheit gemäß. Sonst freute sich der Wirt darüber, denn die Honorationen des Städtchens sahen daran, aber heute war es ihm unangenehm. „Weißt du, Max, Rosenbergs sind gestern bei der Heimfahrt vom Ausflug zurückgeblieben.“ „Warum denn?“ „Weil das Hundebestel befetzt war.“ „Na, das haben sie um den Röter den Zug verfaunt.“ So lachte und schwatzte es durcheinander. Den Wirt ärgerte es insgeheim. Warum sagten die Stammtischgäste nicht: Herr Dr. Rosenberg und Familie.“ Das klang doch etwas anders. Und der Wirt hätte es sehr gern gewünscht in Anbetracht seiner vornehmen Gäste. „Max, grüßt die Siegel“, schrie es vom Stammtisch, als einer aus ihrer Runde sich zum Gehen wandte. Wie das so gewöhnlich klingt, und dabei ist es der reiche Herr Siegelbesitzer, dachte der Wirt.

Als das von den vornehmen Gästen bestellte Essen kam, ging der Wirt in sein Speisezimmer und holte aus dem Büffet die schweren silbernen Bestecke, die der Stolz seiner Frau und ein Hochzeitsgeschenk ihres reichen Onkels waren. Der Kellner servierte mit devotester Geräuschlosigkeit. Die vornehmen Gäste zahlten fogliche, doch verließen sie das Lokal erst, als es sich langsam füllte. Trotdem der Kellner alle Hände zu tun hatte, begleitete er sie bis zur Tür, und der Wirt machte vom Büffet ans seine höflichste Verbeugung.

Das Bornehmein hatte sich für die Gäste gelohnt, denn als der Kellner abräumte, fehlten zwei Bestecke.

Die Staatsbahndirektion in Prag gewährt kranken Proletarierinnen keine Fahrpreismäßigung. Die in Lindau bei Brüz wohnhafte 60 Jahre alte und kranke Witwe Katharina Bednarz hatte die Absicht, mit ihrer esfähigen, ebenfalls kranken Enkeltochter, in ihre Heimat, den Böhmerwald, zu fahren, um in der dortigen reinen Luft und durch eine bessere Kost bei ihren Verwandten Erholung und Gefundung zu finden. Da sie aber als Witwe eines Bergmannes vom reichen Böhmerwaldfürsten Schwargenberg nur eine Gnadengabe von 60 (sechzig) Kronen im Jahre bekommt, die Eisenbahn jedoch 104 Kronen für eine Person kostet, richtete sie an die Staatsbahndirektion in Prag das Ersuchen, um Fahrpreismäßigung für sich und ihr Enkelkind. In dem Gesuch gab die Frau an, daß sie 60 Jahre alt, vollständig mittellos und krank sei, daß das Kind ihrer Tochter (die durch Fabrikarbeit ebenfalls krank und sehr blutarm ist, und daß beide in ihrer Heimat Genesung finden wollen. Das Kind steht tatsächlich seit einiger Zeit schon in ärztlicher Behandlung des Dr. Andersch in Oberleutensdorf. Trotdem nun diese Angaben vom Gemeindevorstand in Niederleutensdorf-Lindau als vollständig richtig bestätigt wurden, hat die läbliche Staatsbahndirektion in Prag das Gesuch abgelehnt. Ja, sie hat nicht einmal die Zuschrift frankiert, so daß die arme Witwe auch noch eine Krone an Strafporto bezahlen mußte. — So werden kranke, alte Proletarierwitwen in diesem Staate behandelt! Wir meinen, daß der Anspruch der alten Frau auf Fahrpreismäßigung, sowohl für sich als auch für ihr Enkelkind nur zu berechtigt war, und daß ihr eine solche unbedingt hätte gewährt werden müssen. Daß das Ansuchen abgelehnt wurde, ist ein Beweis für den reaktionären Geist, der bei der Prager Staatsbahndirektion herrscht.

Der Irresinnige als Student. Ein Kaufmann in Kremzier geriet, so melden mährische Blätter, vor einiger Zeit unverschuldet in finanzielle Schwierigkeiten. Seine mit ihm nicht in besten Beziehungen lebenden Verwandten bemühten sich nach Kräften, ihn als abnormalen Menschen hinstellen und im Irrenhaus internieren zu lassen. Tatsächlich erklärten der Direktor der Heilanstalt und zwei Aerzte, daß der Kaufmann nicht normal sei. Er sollte deshalb ins Irrenhaus geschickt werden, verschwand jedoch, bevor er in die Heilanstalt gebracht werden konnte. Dann schritt er bei Bericht ein und das Gericht erkannte nach Anhörung von Sachverständigen, daß er normal sei und deshalb nicht der Irrenanstalt zu übergeben sei. Das geschah vor längerer Zeit. Interessant ist, daß der Mann, der seinerzeit als irrsinnig erklärt werden sollte, jetzt Prüfungen an der Universität bestand hat, und zwar mit ausgezeichnetem Erfolge und daß er in etwa einem Jahre das Doktordiplom erlangen dürfte.

Ein verhassteter Monarchist. Der bekannte Reaktionär und Monarchist MC. Franz

Bratko aus Kolín ist nach einer Meldung des „Moravni Hozbogni“ am Samstag in seiner Koliner Wohnung verhaftet worden und dem Koliner Bezirksgericht eingeliefert worden, von dem er dem Stuttengerger Preisgericht überstellt werden wird. Bratko ist durch seine Schmarfschriften gegen die Republik, gegen den Präsidenten und den Außenminister bekannt. Bei der bei ihm vorgenommenen Revision fand man seine beschlagnahmten Schmarfschriften, die er nach Ablauf der bedingten Strafe, zu der er im Vorjahre verurteilt worden war, neuerlich verbreitete.

Von einem Auto überfahren wurde dieser Tage der Chirurg und Primarius des Krankenhauses in Böhm. Brod, Dr. Otto Polak. Es wurden ihm beide Hände gebrochen und auch beide Beine arg verletzt. Der Primarius ließ sich in sein Krankenhaus schaffen, um sich der notwendigen Nötigenisierung und dem Verband zu unterwerfen. Der Chauffeur hatte kein Warnungssignal abgegeben und sprach in dem Moment des Unfalles mit einem im Auto sitzenden Mädchen.

Die Nordbuben werden freigelassen! Von den anlässlich der Klosterneuburger Exzesse verhafteten Nationalisten wurden im Laufe des gestrigen Tages 48 auf freien Fuß gesetzt.

Deutsch-französische Friedenskundgebung in Mainz. Sonntag findet in Mainz eine von der internationalen Liga für Menschenrechte einberufene deutsch-französische Friedenskundgebung statt. Als Redner haben zugelegt, der Präsident der französischen Liga für Menschenrechte, Ferdinand Bouisson, der Redakteur des „Quotidien“, Grumbach, der Reichstagsabgeordnete Breischheid (Berlin) und Dr. Stredker (Jena). Die Veranstaltung findet unter dem Leitworte „Gegen Revanche und Gewaltpolitik, für Völkerverständigung“ statt.

Wässische Moralpaule statt gründlicher Abhilfe. Laut „Germania“ hat die Zunahme der Verbrechen gegen das kaimende Leben in Deutschland ein Episkopat veranlaßt, in eindringlicher Eingabe bei der Reichsregierung vorstellig zu werden.

Grauenhafter Tod von vier Kindern. Am Dienstag nachmittag wurden in einem Hause im Stadtteil Hofelbrunn bei Plowen im Vogtland, vier Kinder in einem Holzstoffer tot aufgefunden. Beim Spiel in der Bodenstammer hatten sich die vier Kinder in einen Holzstoffer gesetzt, dessen Deckel zuschlug, so daß die Kinder erstickten.

Die ungarische Amnestiekomödie. Zwischen dem ungarischen Justizminister und dem Ministerpräsidenten ist ein Konflikt ausgebrochen, der in der Erhebung der Anklage gegen den im Vertrauen auf die Amnestie aus der Emigration zurückgekehrten Genossen Weltner seinen Grund hat. Weltner ist erst zurückgekehrt, nachdem der Justizminister der sozialdemokratischen Fraktion erklärt hatte, daß die gegen ihn laufende Anklage verjährt ist und daher zurückgezogen wurde. Als Weltner zurückkam, wurde die Anklage gegen ihn erhoben. Daraufhin hat die „Repzawa“ erklärt, daß Weltner in eine Falle gelockt wurde und daß die Regierung ihr Wort gebrochen habe. Das Presseamt des Ministerpräsidenten wendet sich heute scharf gegen diese Vorwürfe. Im Zusammenhang damit berichtet ein Abendblatt, daß der Justizminister Paul Pesty mit diesem Vorgeben der Staatsanwaltschaft nicht einverstanden ist, und da der Ministerpräsident Graf Bethlen den Standpunkt der Staatsanwaltschaft billigt, beim Reichsverweser Horthy erlahienen ist und ihm seine Demission überreicht hat. — Eine spätere Meldung des ungarischen Pressebureaus besagt: Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß die Budapesterg. Staatsanwaltschaft, nachdem sie Kenntnis davon erlangt hatte, daß der Sozialistenführer Weltner aus dem Ausland wieder zurückgekehrt sei, das Strafverfahren wieder aufgenommen hat, das im Dezember 1919 gegen Jakob Weltner, Eugen Landler, Sigmund Kunft und Genossen wegen Hochverrats und Aufruhr eingeleitet worden war. Jakob Weltner gehörte nämlich zu jenen Personen, die am 21. März 1921 mit dem im Sammelgefängnis befindlichen Bela Kun ein Uebereinkommen schlossen und die Macht den Bolschewisten übergaben. Vier Personen, die an dieser Abmachung beteiligt waren, sind bereits rechtskräftig verurteilt worden. Gegen diejenigen Personen, darunter Jakob Weltner, die sich ins Ausland begeben hatten, blieb das Strafverfahren weiterhin im Zuge. Die Budapesterg. Staatsanwaltschaft hat Jakob Weltner nach seiner Heimkehr verhört, seine Inhaftnahme jedoch nicht angeordnet.

Radiö darf nicht nach Oesterreich. Die österr. Regierung hat alle diplomatischen Vertretungen im Auslande angewiesen, Radiö kein Wisum zu erteilen und ihm mitzuteilen, daß seine Anwesenheit in Wien nicht erwünscht sei. Zugleich wurden alle Grenzstationen verständigt, einen eventuellen Versuch seiner Einreise zu verhindern. Wie die „Stunde“ erzählt, soll nach den der österreichischen Regierung gewordenen Mitteilungen Radiö in Mostau die Aufgabe übernommen haben, die Propaganda für die balkanischen Bauernrepubliken von Wien aus zu leiten. Zur Unterstützung dieser Aufgabe soll in Wien eine Balkanzitung ins Leben gerufen werden, die außer in deutscher in allen Balkansprachen und auch in französischer und englischer Sprache erscheinen soll. Die österreichische Regierung ist der Meinung, daß eine derartige propagandistische Tätigkeit mit der absoluten Neutralität Oesterreichs nicht vereinbar wäre und hält es für angezeigt, die Einreise Radiö nach Wien zu verhindern.

Julius Hert, der bekannte Berliner Dichter und Kritiker, wurde auf der Rückkehr von der Duedlinburger Klopffestfeier von einem Motorradfahrer umgefahren und schwer verletzt.

Ein Freundschaftsbeweis Frankreichs für Rußland? Londoner "Daily Chronicle" erzählt, daß die französische Regierung beabsichtige, die Schwarzmeer-Flotte des wehrkräftigen Generals Wrangel, die gegenwärtig im Hafen von Bizerta liegt, Rußland zurückzugeben.

Bürokratismus. Kürzlich haben sich die Herren Bürokraten, die es, wie die "Frank. Zeit." feststellt, auch bei den New-Yorker Einwanderungsbehörden gibt, wieder einmal einen beachtlichen Streich geleistet. Als nämlich die Engländerin Lady Werber, die Frau des bekannten Sir Derrid Werber von einer längeren Europareise wieder nach New York heimkehren wollte, wurde ihr zwar die Landung gestattet, da sie nicht länger als sechs Monate im Ausland gewesen war, jedoch wurde — ihrem einen Monat alten Baby der Eintritt in die Vereinigten Staaten verweigert. Dieses war nämlich auf italienischem Boden zur Welt gekommen und daher nach den Bestimmungen des Einwanderungsgesetzes "italienischer Bürger". Die italienische Quota war aber bereits erreicht und eine Einwanderung von "Italienern" also nicht mehr möglich. Lady Werber mußte nun eine besondere Eingabe an die Washingtoner Regierung machen, und dann erst wurde ihrem Baby "ausnahmsweise" die Landung gestattet, "wenn auch die Quota für Italiener bereits abgeschlossen war". Die englischen Zeitungen registrieren diesen Vorfall mit einem stillen Schmunzeln über die Verjüngung der amerikanischen Bürokratie im Jahre des Fortschritts 1924. Wir sehen, wie der Amtschimmel ein Tier ist, das in allen Ländern vorkommt, sogar auch unter dem Sternenbanner im Lande der großartigen Statue der Freiheit.

Ein zäher Kandidat. Der demokratische Kandidat befindet sich in einer Sackgasse und hat sich Dienstag abends nach der 87. Abstimmung für die Wahl eines Präsidentschaftskandidaten der Vereinigten Staaten vertagt. Die Zahl der Stimmen für Mac Adoo ist auf 333 zurückgegangen. Die übrigen demokratischen Kandidaten sind entschlossen gegen Mac Adoo zu kämpfen und ihm die Wertlosigkeit seiner Kandidatur zu beweisen. — Was weiß jedoch zu melden: In dem demokratischen Kongress haben die Vertreter des Gouverneurs Smith angekündigt, daß dieser seine Kandidatur zurückziehe, falls Mac Adoo das gleiche tue.

Witterungsüberblick vom 9. Juli. Ein barometrisches Störungsgebiet über Rußland nimmt an Ausdehnung zu und brachte bereits am Dienstag in der östlichen Hälfte der Republik Bevölkerungszunahme und Niederschläge vorläufig gewitterigen Charakters (Troppan 1, Kofshan 2 Millimeter Regen). Im Westen blieb die Situation unverändert. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Bewölkt bewölkt, Gewitterneigung, warm, ruhig.

**Gerichtssaal.**

**Maarant und Bismard.**

Diese beiden Staatsmänner bildeten am 22. März d. J. die Ursache einer Debatte in einer Versammlung, die in Schepanowitz (Bezirk GutsMuths) abgehalten wurde. Die kirchlichen Parteien hatten diese Versammlung anlässlich der bevorstehenden Gemeindevahl einberufen. An der Versammlung nahm auch der christlich-sozialer Maurer Engelbert Schiedel teil. Als die Referenten mit ihrem Referate fertig waren, meldete sich Schiedel zum Worte, nahm gegen die Ausführungen seiner Vorredner Stellung und meinte: "Wir sind lokale deutschgestimmte Christen in der Tschechoslowakischen Republik, aber wir als Katholiken können zu dieser Republik kein Vertrauen haben. Der Präsident, Herr Masaryk, hat beim Antritt seines Amtes gesagt: Uns (Katholiken) wird man nur jene Rechte anerkennen, die wir uns selbst erkämpfen werden."

Des weiteren sprach Schiedel von dem Kulturkampf Bismards und sagte: "Bismard war ein bedeutenderer Mann als der Präsident Masaryk. Bismard konnte auch nichts gegen uns Katholiken unternehmen, weil wir fest zusammengehalten haben. Wir haben jetzt in der Gemeinde sechs Parteien und wenn jetzt etwas unternommen wird, bleibt nur eine ab."

Der Vergleich zwischen Bismard und Masaryk wurde als eine Schmähung des Staatsoberhauptes angesehen und Schiedel hatte sich deswegen vor Gericht wegen Übertretung des Schutzgesetzes zu verantworten.

Der Angeklagte gab den Tatbestand zu; er habe aber nicht die Absicht gehabt, den Staatspräsidenten zu beleidigen oder zu schmähern. Ihm war es vielmehr nur um die Agitation für seine, die deutsche christlich-soziale, Partei zu tun, da einige Tage vorher die Sozialdemokraten in dem Orte in einer Versammlung ihren Standpunkt zu den Gemeindevahlen klargestellt hatten.

Staatsanwalt: "Was wissen Sie von dem Kulturkampf Bismards und von wem haben Sie davon Kenntnis erlangt? Und wissen Sie auch, was "loyal" heißt? Welcher Parteirichtung gehören Sie an?"

Angeklagter (spricht nur tschechisch): "Von dem Kulturkampf hat mir mein Vater immer erzählt, daß Bismard die Katholiken verfolgte und unterdrückte hat. In der Zeitung "Das Volk" habe

ich viel darüber gelesen. Und gestern noch in der "Deutsche Post". Ferner gehöre ich der deutschen christlich-sozialen Partei an."

Staatsanwalt: "Auf Rechte zu erkämpfen sind Sie nicht geklagt, sondern deshalb, weil Sie sagten, Masaryk ist ein unbedeutender Mann. Masaryk unternimmt doch nichts gegen die Katholiken."

Angeklagter: "Ich sehe ein, daß ich unbesonnen gesprochen habe."

Verteidiger: "Er ist von seinen Leuten aufgehetzt worden."

Der Angeklagte wurde schließlich zu 500 K Geldstrafe oder zehn Tagen Arrest verurteilt. Gegen dieses Urteil meldete der Staatsanwalt die Nichtigkeitsbeschwerde, der Verteidiger die Berufung an.

**Frau von Gernar.**

Nach neuntägiger Dauer ist vor dem erweiterten Charlottenburger Schöffengericht ein Senzationsprozeß zu Ende gegangen, der auch eines politischen Begehren nicht entbehrt. Angeklagt waren Frau Marie v. Gernar und der frühere Regierungsrat und jetzige Rechtsanwalt Dr. Bertold Wiener wegen vielfacher Betrügereien und Hochverrats.

Im Mittelpunkt des Interesses stand Frau v. Gernar, eine alternde Schönheit, die ein sehr bewegtes Leben hinter sich hat. Als Siebzehnjährige lernte sie in einem Pensionat Jesu von Puttkamer, Gouverneur von Kamern, kennen. Das bürgerliche Fräulein Ede verwandelte sich in das Fräulein v. Edarstein, und nun konnte "Jesko" sie als Cousine mit nach Kamern nehmen, wo er sie als seine "Cousine" in der deutschen Kolonie einführte. Die Sache kam heraus. Frau v. Gernar mußte das Kamerner Gouverneursgebäude verlassen. Jesko v. Puttkamer wurde disziplinarisch zur Verantwortung gezogen. Es entstand ein großer Skandal, mit dem sich damals auch der Reichstag befaßte. Das Berliner Metropolitantheater machte mit dem Skandal viel Geld. Es ließ eine Revue aufführen, dessen Hauptthema das Couplet war: "Willst du mein Cousine sein?" Nach dem Tod Puttkamers trat die Angeklagte zu dem damaligen Wüstebadener Polizeipräsidenten von Schütte in Beziehungen, dessen Hauptziehungspunkt ein auf 14 Millionen Mark geschätztes Vermögen war. Sie wurde seine Geliebte, was ihm verschwendend mit Kostbarkeiten überschüttet und erhielt eine fürstlich ausgestattete Wohnung. Um sie, die Bürgerliche, heiratete er in Wien, veranlaßte sie Schütte, just wie im "Grauen von Luxemburg", eine Komtesse mit einem Herrn v. Gernar einzugehen. Die Ehe wurde geschieden, nachdem der Gemann die versprochene Belohnung von 50.000 Mark erhalten hatte. Frau v. Gernar wurde trotzdem nicht Frau v. Schütte. Im Jahre 1905 ging Schütte auf eine Weltreise. In seiner Abwesenheit lernte sie den Regierungsrat Dr. Wiener kennen, dessen Geliebte sie nun 15 Jahre hindurch war. Dr. Wiener verpraßte verschiedene Male Geld, das Frau v. Gernar erschwindelt habe. Er verspielte einmal 12.000 Mark in Monte Carlo, die er als Verteidiger von seinem verurteilten Klienten zu treuen Händen empfangen hatte. Das Hauptrequisit der Schwindelmonder der Frau v. Gernar war die Aussicht auf die große Erbschaft mit der Herr von Schütte sie bedenken würde. Auf dieses Phantom der Millionenerbschaft der deutschen "Therese Humbert" fielen zahlreiche Geldgeber herein. 21 Mal verpfändete sie ihre Wohnungseinrichtung. Sie leistete Offenbarungseide ohne Zahl, als 1919 Herr von Schütte starb und der Name Frau v. Gernar in seinem Testament fehlte. Ihre gesellschaftlichen Talente, ihr luxuriöses Auftreten, ihre Fähigkeiten, Männer anzulocken, verschafften ihr immer wieder Geld. Sie erließ Inzerate des Inhaltes: "Aristokratin, Dame erster Gesellschaft, sucht Geld."

Man versteht, daß das Gericht dieser talentvollen Frau gegenüber Schonung zeigte, und so wurde sie wegen vollendeten Betruges in 21 Fällen zu einer Gesamtstrafe von einem Jahr neun Monaten Gefängnis verurteilt. Der mitangeklagte Rechtsanwalt Wiener wurde wegen Betrugs, Untreue und Unterschlagung zu zwei Jahren drei Monaten Gefängnis verurteilt. Neben Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre aberkannt. Das Gericht verurteilte wegen des Mordverdachts die sofortige Verhaftung beider Angeklagten. Frau v. Gernar war gegenüber dem Urteil völlig fassunglos und unterbroch den Vorsitzenden bei der Verlesung der Urteilsbegründung mehrfach durch erstickte Zwischenrufe, so daß sie zurechtgewiesen werden mußte. Beide wurden sofort ins Gefängnis abgeführt.

**Volkswirtschaft.**

**Betriebseinstellung in der Glühlampenindustrie.** Die elektrische Glühlampenindustrie in G. "Luz" hatte wegen ungünstiger Produktionsverhältnisse ihren Betrieb eingestellt. In den nächsten Tagen soll die gesamte Arbeiterschaft entlassen werden.

**Rückgang der Kohlenförderung im Ostrau-Karwiner Revier.** Im Ostrauer-Karwiner Revier ist die Kohlenförderung im Monat Juni um 1.849.814 Zentner, d. h. ist um 21,03 Prozent gegen den Vormonat, wo sie 6.946.550 Zentner betrug, zurückgegangen. Die Kohlerzeugung im Monat Juni d. J. betrug in Witkowitz und Driael 1.753.000 Zentner, gegen 1.998.824 im Mai, das sind 12,29 Prozent. Die Brillekserzeugung in den Witkowitz Seinfabrikungen betrug 1064 Zentner gegen 1870 im Vormonat. Ende Juni 1924 waren vorrätig 639.876 Zentner Kohle und 1.420.281 Zentner Koks. In den Gruben waren im Juni 1924 beschäftigt 44.169, in den Koksereien 856 Arbeiter, das ist um 0,002 Prozent mehr in den Gruben und um 0,02

Prozent weniger in den Koksereien als im Mai 1924.

**Eine Rundgebung der deutschen Industrieangestellten in Aufsch.** Am 6. Juli fand in Aufsch eine vom Kreis Aufsch des allgemeinen Industrieangestelltenverbandes (Reichenberg) einberufene Rundgebung der deutschen Siedlungsgebiete statt, zu welcher mehrere hundert Vertreter sich eingefunden hatten. Nach einem Referate des Zentralsekretärs Bergmann über die arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Forderungen der Industrieangestellten wurde einstimmig eine Resolution beschloffen, in der die Angestellten die Einlösung des Versprechens seitens der Regierung hinsichtlich der Robellierung des Gesetzes über den Angestellten-Dienstvertrag, ferner eine Verbesserung des Gesetzes über die Gewerbegerichte, beziehungsweise Errichtung von Arbeitsgerichten am Sitz jedes Bezirksgerichtes fordern. Die Ausgestaltung der Gewerbeinspektorate, die Robellierung des Betriebsauschussesgesetzes, die Errichtung von Angestellten-, beziehungsweise Arbeiterkammern mit Angestelltensektionen werden angestrebt. Die Angestellten erwarten ferner einen verbesserten Ausbau der Sozialversicherung in bezug auf die Kranken- und Pensionsversicherung, weiter eine Reform der Stellenlosenversicherung und sie protestieren gegen die derzeitige Behandlung dieser Frage von Seiten der Regierung. Soweit aus den Berichten des sozialpolitischen Ausschusses zu entnehmen ist, plant die Regierung eine eigene Angestelltensozialversicherung. Die Angestellten warnen vor einer solchen Lösung, die auf eine Verschlechterung und Aufhebung erworbener Rechte abzielt. Nach Schluß der Tagung erfolgte ein korporativer Besuch der Aufschiger Ausstellung für Kultur und Wirtschaft.

**Ende des Handschuhmacherkreises in Abergsham.** Der Streik der Glacé- und Nappahandschuhmacher in Abergsham und Umgebung ist nach dreiwöchentlicher Dauer erfolgreich beendet worden. Die Unternehmer gewähren der Arbeiterschaft eine fünfzehnprozentige Lohnerhöhung.

**Konflikt in der Wiener Metallindustrie.** Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß in der Wiener Metallindustrie neuerlich ernste Konflikte mit der Arbeiterschaft bevorstehen. Im Allgemeinen sei die Ursache in Lohnforderungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu suchen, die von den Metallindustriellen nicht bewilligt werden. In zwei Fabriken der Firma R. H. Wagner — L. J. Biro u. A. Kurz wurden gestern die Arbeiter gekündigt.

**Minakme der Arbeitslosigkeit in Berlin.** Auf dem Berliner Arbeitsmarkt hält die rückläufige Bewegung an. In der letzten Woche waren bei den Arbeitsnachweiskeitellen 86.300 Personen gegen 83.512 in der Vorwoche eingetragen.

**Bauarbeiteraussperrung in Hamburg.** Die Arbeitgeberverbände des Baugewerbes haben, da die von den Arbeiterverbänden zur Aufhebung des Teilspreises gestellte Frist verlaufen ist, beschlossen, sämtliche Arbeitnehmer in Groß-Hamburg auszusperrern.

**Die Beschlüsse des Internationalen Soziologischen Kongresses,** der vor kurzem unter Teilnahme der bekanntesten Vertreter der soziologischen Wissenschaft in Rom stattfand, verdienen die größte Beachtung. Die Forderungen des Kongresses auf wirtschaftspolitischem Gebiet sind durchweg die gleichen, welche von den sozialistischen Parteien Europas als Forderungen für die gegenwärtige Wirtschaftspolitik und von ihren Feinden als naiv, undurchführbar, ja als verderblich verworfen werden. Im Namen der wirtschaftlichen Solidarität der Völker verlangt der Kongress unter anderem: 1. Daß die glücklicheren Nationen, welche größeren Nutzen aus dem Kriege gezogen haben, denen, die sich in gedrängter Lage befinden, helfen sollen, ihre Vorkriegsstände zu heilen, ihre Währungen zu stabilisieren und ihre produktiven Energien zu vermehren. 2. In den Handelsbeziehungen soll das verderbliche System des Hochschutzes verschwinden. 3. Es soll eine gleichmäßige Verteilung der Rohstoffe, die der Industrie unentbehrlich sind, stattfinden. 4. Wird eine größere Freiheit der Ein- und Auswanderung verlangt. 5. Die genossenschaftlichen Einrichtungen sollen in jedem Lande verstärkt und ihre internationale Zusammenarbeit gefördert werden. 6. Das Problem der Arbeitslosigkeit wird in Verbindung mit dem der Auswanderung betrachtet und es wird verlangt, daß die Lasten der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ausschließlich von den Arbeitgebern getragen werden sollen. Die weltpolitischen Probleme, die sich insbesondere mit Rußland, mit den nationalen Minderheiten in den verschiedenen Ländern und mit den Problemen der sogenannten niederen Rassen befassen, werden durchweg in demselben Geist behandelt wie die wirtschaftspolitischen. Der Eintritt Rußlands in den Völkerverbund die Schaffung eines internationalen Anletes unter der Führung des Völkerverbundes zum Schutz der eingeborenen Arbeiter und eines Organes zur Beobachtung und Unternehmung der Wünsche der nationalen Minderheiten sowie Funktionen des Völkerverbundes gegen Verletzung der Minderheitsrechte wurde in Kongressbeschlüssen gefordert.

**Jord über die Dauer der Lehrzeit.** Henry Ford, bekanntlich einer der erfolgreichsten industriellen Organisatoren der Gegenwart und der Besitzer der großen Automobilfabrik der Welt, hat in seinem Buch: "Mein Leben und Werk": "Zur Zeit der letzten Statistik waren bei uns 5963 körperlich unter dem Durchschnitt Stehende beschäftigt. Von diesen hatten 123 verkrüppelte oder amputierte Arme, Unterarme oder Hände. Einer hatte beide Hände verloren, 4 waren völlig

erblindet, 207 auf einem Auge fast völlig blind, 37 taubstumm, 60 epileptisch, 4 bein- und fußlos, 234 hatten nur einen Fuß oder ein Bein. Die übrigen hatten kleinere Gebrechen. Zum Erlernen dieser verschiedenen Beschäftigungsarten sind folgende Zeiten erforderlich: 3 Prozent sämtlicher Arbeiten erfordern nicht über einen Tag Lehrzeit; 36 Prozent einen bis acht Tage; 6 Prozent ein bis zwei Wochen; 14 Prozent einen Monat bis zu einem Jahr; 1 Prozent ein bis sechs Jahre. Die letztgenannte Arbeit — wie zum Beispiel die Werkzeugherstellung und das Löten — erfordert eine ganz besondere Geschicklichkeit.

**Schulreform und Schulabbau.**

Zwischen den beiden Tendenzen, die Schule zu reformieren und die Schulen abzubauen, waltet der denkbar schroffste Gegensatz, denn wie immer eine Reform des Erziehungswezens gedacht sein mag, muß sie jedenfalls das Ziel verfolgen, das Bildungsniveau zu vertiefen und die Zahl der zu Bildenden zu vermehren, der Abbau der Unterrichtsinstitute aber wirkt beiden Absichten diametral entgegen. Trotzdem gingen in der Tschechoslowakei in den letzten Wochen Verlautbarungen und Verfügungen nebeneinander her, welche diese so entgegengelegten Richtungen verfolgen: Man konnte gleichzeitig davon lesen, daß der ministerielle "Beratungskörper für Schulreform" alle prinzipiellen Vorarbeiten zur Neuorganisation der Mittelschulen abgeschlossen habe und daß, von vorübergehenden Minderungen abgesehen, im Schulministerium unverrückbar fest die Absicht fortbestehe, die Zahl der Prager deutschen Mittelschulen auf drei zu verringern. Auch Mittelschulen der Provinz ist das Todeslos gefallen, wenn nicht für heute, so für morgen: beispielsweise soll das deutsche Staatsgymnasium in Kaaden seine erste Klasse nicht wieder eröffnen dürfen, wenn sich nicht eine bestimmte Zahl von Schülern für sie einschreiben, und vermutlich ist auch anderen Direktionen das Gleiche "eröffnet" worden. Man muß in den bisher genannten Tatsachen, wenn man gutgläubig ist, vielleicht nur ein zufälliges zeitliches Nebeneinander erblicken, so besteht unbedingt ein unzweifelhafter Zusammenhang zwischen Schulreform und Schulabbau in der vom Ministerium an den Verband der deutschen Mittelschullehrer soeben ergangenen Aufforderung, sich auch zum Deutschunterricht an tschechischen Mittelschulen freiwillig zur Verfügung zu stellen. Denn im Gefolge der geplanten Schulreform würden eine Menge von Lehrkräften "frei" werden und das Ministerium wisse nicht, wo es sie unterbringen solle. So löblich nun das Bemühen der Unterrichtsverwaltung ist, dieser überflüssig werdenden Professoren rechtzeitig ein Unterkommen zu verschaffen, so peinlich überrascht es, daß die oberste Schulbehörde in demselben Atemzuge von Schulreform, Klassensperrungen und Schulschließungen spricht, und man darf gegen eine "Reform" mit derartigen bildungsfeindlichen Auswirkungen ein berechtigtes Mißtrauen hegen.

Was also enthält eigentlich der Organisationsentwurf, wie ihn das Ministerium der amtlichen "Mitteilungen" bringt, daß es zu solchen Anordnungen Anlaß gibt? Seine wichtigsten Bestimmungen lauten: Der Bürger- und der Mittelschule gehen nicht, wie bisher, vier oder fünf Volksschulklassen voraus, sondern regelmäßig fünf. Ob ein Kind befähigt ist, eine der beiden höheren Schulstufen zu besuchen, soll durch eine von seinen bisherigen Lehrern geleitete Beschreibung ("Beschreibungsprogramm") festgestellt werden, die in dem Schlußreferat "Für die Bürger-(Mittel-)Schule sehr geeignet", beziehungsweise "geeignet" oder "nicht geeignet" zu gipfeln hat. Diese Schülerbeschreibung und die Unterscheidung der Befähigung für Bürger- und Mittelschulen entsprechen einem von uns an dieser Stelle schon oft geäußerten Wunsch, denn sie gestalten den Ausbau der Mittelschule zu einer Begabten- statt zu einer Bevorzugtenschule, und auch gegen die Bestimmung ist nichts einzuwenden, daß eine minder günstige Schülerbeschreibung durch eine Aufnahmeprüfung oder eine die Seele des Kindes erkundende Rücksprache wettgemacht werden könne. Ebenso darf die Bestimmung allgemeinen Beifalles sicher sein, daß für minderbegabte Kinder, die sich auch für die Bürgerschule als ungeeignet erweisen, eine besondere Abschlussklasse den Volksschulen angegliedert werden müsse. Der Uebertritt aus der Bürger- in die Mittelschule ist an die Bedingung geknüpft, daß der betreffende Schüler als dafür "geeignet" beschrieben wird und eine Aufnahmeprüfung über die nicht gemeinsamen Lehrgegenstände — in Betracht kommen eine oder zwei Fremdsprachen — ablege.

Der Zugang zur Obermittelschule ist infolgedessen erschwert, als nur begabtere Schüler, die mindestens aus der Hälfte der Pflichtgegenstände mit "gut" beurteilt wurden, zugelassen werden. Die Obermittelschule selbst gabelt sich in den gymnasialen Zweig mit Latein und in den realistischen mit stärkerer Betonung des Zeichnens und der darstellenden Geometrie, sie umfaßt in jeder Abteilung je drei Jahrgänge und schließt (nach der siebenten Klasse) mit einer Art mündlichen und schriftlichen Reifeprüfung ab. Die Absolventen sind, nach der Meinung des "Beratungskörpers", genügend "allgemein gebildet" und fähig, jene Kenner zu versehen, für die heute Mittelschulmatura gefordert wird. Die Reise für die Hochschule sollen sie sich in einer

### Literatur.

**Dr. L. Altmann:** Der Raubmörder Jarosynski. Die Giftmörderin Ebergenyi. — **Dr. R. Barisch:** Johann Georg Grafel und seine Kameraden. — Der Wiener Nikola-Verlag läßt unter dem Titel „Aus dem Archiv des Grauen Hauses“ eine Sammlung merkwürdiger Kriminalfälle erscheinen, die auf Grund alter Akten des Wiener Landesgerichtes von Juristen bearbeitet sind. Aus verstorbenen Gerichtsakten Menschenschicksale herauszulesen, ist schwer, doch haben sich die Verfasser der vorliegenden Werke der Aufgabe, sich ohne eigene Phantasiezugaben streng an die Quellen zu halten und doch ein Buch zu schreiben, das einen größeren Leserkreis findet, mit großem Geschick unterzogen, ohne langweilig zu werden. Das erwähnte Buch bringt zwei kriminalistisch interessante Fälle, die seinerzeit wegen des adeligen Standes der Täter und der Verwendung Jarosynski mit der besten Schauspielerinnen Krones bei dem Durchschneidungsrichter großes Aufsehen erregt haben müssen. Vom soziologischen Standpunkt aus ist jedoch das zweite Buch bedeutend wertvoller, denn es zeigt uns auf, wie ein Angehöriger der niederen Schicht, einer Schinderfamilie, der noch der mittelalterliche Mafel des unehrlichen Gewerbes anhaftet, sich fast zwangsläufig zum Verbrecher entwickelt. Von seinen eigenen Eltern in die Anstaltsgründe eingeführt, geht er die Verbrechensbahn weiter, findet in den zahlreichen Verbrechen der Napoleonischen Kriege treue, zu allem entschlossene Kameraden, und die zerfahrenen Gerichtswesen jener Zeit, sowie ein bißchen Glück bewirken es, daß er jahrelang trotz aller Bemühungen der Behörden sein Unwesen treiben kann und fast zu einer legendären Persönlichkeit wird. Bis ihn endlich ein Spiegel an den Halsen bringt. Zu bedauern ist nur, daß der Verfasser den zahlreichen Legenden, die noch heute im Volke über Grafel verbreitet sind, aus Raumangel nicht weiter nachgehen kann. —um—

### Kunst und Wissen.

**Wiener Gastspiele des Prager Nationaltheaters.** Das Prager tschechische Nationaltheater beginnt am Freitag ein für drei Tage berechnetes Gastspiel im Wiener „Modernen Theater“. Der erste Abend bringt Bernard Shaw's „Pygmalion“ mit Anna Sedláková in der Hauptrolle. Die Regie führt Miloš Nový, der Oberregisseur des Prager Nationaltheaters. In kurzer Zeit wird auch das Operneuseum des Prager Nationaltheaters in Wien gastieren, und zwar an der Volksoper.

**Unfreiwilliger Humor in der Kunstzeitschrift.** In einem reichsdeutschen Provinzialblatt finden wir in einer kritischen Uebersicht über die verfloßene Konzertsaison folgende „klassische“ Bemerkung:

„Auch Frä. Liszt würde sich freuen, wenn zu seinen „Prelüden“ in der nächsten Konzertsaison eines seiner großen Instrumentalwerke aufs Programm käme.“

Gewiß! Liszt würde sich Lothar freuen, wenn er, der 1886 Verstorbenen, nach den Konzertsaisonen 1925 in S. . . n erleben könnte.

**Spielplan des Neuen Theaters.** Heute Donnerstag „Die Walküre“; Freitag „Der letzte Walzer“; Samstag „Die blaue Maus“; Sonntag „Siegfried“.

**Spielplan der Kleinen Bühnen.** Heute Donnerstag „Die kleine Sinderin“; Freitag „Die deutschen Kleinstädter“; Samstag „Die Wildente“; Sonntag „Amor in Nikolsburg“.

### Aus der Partei.

**Abg. Genosse Schäfer im Weidelsdorfer Bezirk.** Am Samstag, den 5. und Sonntag, den 6. Juli hielt Abg. Genosse Schäfer im Weidelsdorfer Bezirk drei Versammlungen ab. Die erste tagte in Reichels Gasthaus in Starkstadt am Samstag abends. Ein Gewitter, das nach 6 Uhr einsetzte und bis nach 9 Uhr dauerte, hielt die Arbeiter aus den entfernteren Orten von dem Besuche dieser Versammlung ab. Trotz des Unwetters war aber immerhin noch eine stattliche Anzahl von Genossen und Genossinnen versammelt und folgten den Ausführungen des Genossen Schäfer über das Wirken der bürgerlichen politischen Parteien. Auf der Tagesordnung stand die Frage: „Sind die bürgerlichen Parteien arbeiterfreundlich?“ Der Redner beschäftigte sich insbesondere mit den deutschen Nationalsozialisten und den Landhändlern, die beide im östlichen Böhmen neben den Christlichsozialen von sich reden machen. Am Sonntag, den 6. Juli fand die zweite Versammlung in Schuberts Gasthaus in Johndorf statt. Hier war der Besuch ein sehr guter und die Stimmung unter den Teilnehmern durchgehends gut. Auch in dieser Versammlung setzte Genosse Schäfer auseinander, daß für das arbeitende Volk nur die sozialdemokratische Partei in Frage komme, da die bürgerlichen Parteien sich zwar gerne als arbeiterfreundlich ausgeben, aber in ihren Handlungen und Taten unaufrichtig den Beweis liefern, daß sie kapitalistische Politik gegen die Arbeiterklasse machen. Abends sprach dann Genosse Schäfer in Obermöhren in Steiners Gasthaus. Diese Versammlung war weniger gut besucht, als die nachmittägliche, sie verlief aber trotzdem äußerst anregend und zeigte, daß ein beträchtlicher Teil der Arbeiterklasse dieses Gebietes mit Aufmerksamkeit die politischen Vorgänge im Lande verfolgt. In allen drei Versammlungen befaßte sich Abg. Genosse Schäfer u. a. mit der

Frage der Sozialversicherung und dem Verhalten der bürgerlichen Parteien gegenüber dieser dringenden Forderung der Arbeiterklasse. Er wandte sich auch gegen das von den deutschen Agrariern im Abgeordnetenhause versuchte Treiben gegen den Achthundentag und gegen die weitere Unterstützung der Arbeitslosen.

### Turnen und Sport. Arbeiterturnen, Euch geht es an!

Am 4. Juli 1924 fand in Teplitz-Schönau eine Tagung der tschechischen Lehrerschaft statt, die neuerlich zeigte, daß die Arbeiterschaft auf die Erziehung ihrer Kinder ein weit größeres Augenmerk richten muß als bisher. Bei der Tagung kamen auch Vertreter der tschechischen Turnerschaft zu Wort; ihre Ausführungen waren ein Appell an die Lehrerschaft, die Kinder zu beeinflussen, daß sie mit zur tschechischen Turnerschaft kommen. Die Schule soll also für die tschechische Turnerschaft als Agitationsstelle benutzt werden, da man dort auf die Kinderseele einen größeren Einfluß ausüben kann. Oftmals haben wir schon auf derartige Handlungen der tschechischen Lehrer hingewiesen, ihre jetzige Haltung muß aber als frechheit bezeichnet werden. Frechheit deshalb, weil hier vor der breiten Öffentlichkeit die Schleppträger der Reaktion ihre Forderungen unverhüllt zur Sprache bringen. Aber die tschechischen Turn- und Sportverbände sind, haben wir bereits einmal aufgezeigt. Ihr Erziehungssystem krönen die wiederholten Mordtaten und erst vor wenigen Tagen haben die hakenkreuzlerischen Elemente in Oesterreich ein Arbeiterturnfest durch Revolber- und Schlangentankentate gestört. Wir fordern den Geist, der diese Sorte Menschen auszeichnet und sind nicht gewillt, unsere Kinder einer solchen Erziehung teilhaftig werden zu lassen.

Der bekannte Turnprofessor Fischer-Teplitz begrüßte die Lehrer als Mitarbeiter. Sie sollen mitkämpfen im Geiste Johis, damit alles zur gegebenen Stunde gewappnet sei. Herr Herzman, der Vertreter des Teplitzer Turnvereines, sprach, betonte, daß der tschechische Geist nicht nur auf die Körperliche, sondern auch auf die geistige Wehrhaftmachung eingestellt werden müsse. Die Arbeiterschaft sieht schon aus den Ausführungen dieser zwei Redner an, daß die tschechische Turnvereine betreiben. Denn der Feind sind ja nicht die Andersnationalen, der Feind sind doch die Klassenbewußten Arbeiter. Und der tschechische Anhang soll aus den Reihen des Proletariats, aus den Arbeiterkindern herangebildet werden. Die Schule soll dabei die Zuchtstätte abgeben.

Natürlich sollte dabei auch der Vertreter des Hauptauschusses für Leibesübungen nicht, Herr Lehrer Vogel. Der Hauptauschuss bedauert es so immer, daß sich der Arbeiter-Turn- und Sportverband nicht an diese Körperschaft anschließt. Unser Turnverband hat jedoch erkannt, von welchen Elementen dieser Hauptverband durchsetzt ist und jedes Zusammengehen abgelehnt.

Für die Arbeiterschaft muß es zur Pflicht werden, etwas schärfer die Tätigkeit der Lehrer zu kontrollieren. Wo man hört, daß sich ein Lehrer ein Verschulden zuschulden lieh, dort ist sofort durch die Vertrauensmänner unserer Partei bei der Schulbehörde auf eine Abmündung zu dringen. Wir werden Leibesübungen bilden, daß die Schule, als tschechische Propagandastelle benutzt, in ihrem ohnehin langen Ansehen geschädigt wird. Zugleich möge aber auch die Arbeiter-Turnerschaft endlich daran gehen, eine Instanz zu schaffen, die sich ähnlich dem Hauptauschuss für Leibesübungen zusammenschließt. Die Grundlage ist durch den proletarischen Kulturanschuss bereits gegeben. Aufgabe der darin vereinigten Funktionäre wird es sein, diese Institution noch weiter auszubauen. Die sozialistisch gesinnte Lehrerschaft wird dabei sicherlich ihre Mitarbeit nicht verjagen.

**Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau, Tischlergasse 6, 1002**  
empfohlen sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten: wie Tabellen, Böchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitteilungsblättern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Faktionen, Briefpapieren etc. in solider und rascher Ausführung. Seilmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

**Konkursauschreibung.**  
An der Knaben-Volks- und Bürgerschule in Neudel wird mit Beginn des Schuljahres 1924/25 eine selbständige Stelle für den Turnunterricht ausgeschrieben. Gehalt nach Vereinbarung, da diese Stelle als Vertragsbeamtenstelle gilt. Entsprechend befähigte Bewerber wollen ihre gehörig belegten Gesuche unter Nachweis der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft beim Ortschulrat der Stadtgemeinde Neudel bis zum 20. Juli 1924 einbringen. (2837)

**Ortschulrat Neudel, am 2. Juli 1924.**  
Franz Pecher, Bürgermeister.

**Insertieren Sie im Sozialdemokrat!**

An den Arbeiterturnern liegt es, hier mitzuhelfen, damit der tschechische Geist der tschechischen Lehrerschaft erfolgreich bleibe. Kein Arbeiterkind in einem deutsch-tschechischen Turnverein! Die Kinder tschechischer Eltern gehören zu den Arbeiter-Turnvereinen und zu den „Kinderfreunden“.

### An alle Arbeiterturnvereine! Zum Bundesturnfest.

**Festbeitrag:** Dieser beträgt für alle Teilnehmer, die mehrere Tage am Fest teilnehmen, 15 K. In dem Betrag ist enthalten: freier Eintritt auf den Festplatz und bei den Kommerzen, Quartier, Festabzeichen, Festführer. Gültig für alle Festtage. — Bundesmitglieder, die nur am Sonntag am dem Fest teilnehmen, zahlen 8 K für Eintritt am Festplatz, Festabzeichen, Unfallversicherung. Die Teilnehmer dieser Kategorien haben keinen Anspruch auf Quartier und keinen Zutritt in die Unterkünfte. Jugendliche unter 17 Jahren zahlen für die Festkarte 12 K Einzahlung wie Erwachsene. Schüler zahlen 1.50 K inklusive der Unfallversicherung; diese Karte gilt auch für mehrere Tage. Festgäste zahlen Sonntag 5 K, Montag 3 K, Samstag 3 K. Dauerkarte 8 K. Festabzeichen weiß 1 K. Auswärtige Festbesucher können ebenfalls die Turnerkarten erhalten. **Ordnungsdienst:** Beim Festzug hat jeder Verein mindestens zwei Ordner zu stellen, die an der Seite des Zuges gehen. In den Quartieren hat ebenfalls jeder Verein für seine Leute Ordner namhaft zu machen. Desgleichen sollen bei der Kostenspeisung die Vereinsfunktionäre ordnend mitwirken.

**Einsendung der Gelder:** Wir benötigen große Summen zum Ankauf der Verpflegung, des Ben- und Quartiermaterials u. dgl. Deshalb müssen die Festbeiträge, Verpflegungsgelder, Gelder für die Festführer sofort eingesendet werden. Am Erlagsschein genau angeben, wofür das Geld ist! Nur Erlagsscheine mit dem Stempel Hauptauschuss verwenden. Die Einsendung der Festkarten, Quartierkarten, Abzeichen usw. kann erst nach Einlauf des Geldes erfolgen.

Fahrtgelder für die Züge werden von dem Bezirke gesammelt. Es werden die im Rundschreiben angegebenen Beträge eingehoben; falls wir eine weitere Ermäßigung erhalten, wird der Mehrbetrag rückerstattet. Als Legitimation gilt die Festkarte.

Hauptfragebögen sind noch nicht von allen Vereinen eingelangt. Der 1. Juli war Endtermin. Ihr ersichert uns die Arbeit und kommt nicht rechtzeitig in den Besitz des Materials! Die Quartiereinteilung, Verpflegung, Festabzeichen, Druckarten usw. erfordert eine gute Uebersicht der Teilnehmer. Meldet sofort! Mitgliedsbücher mitbringen!

Verteilt die Gratifikationsmarken zu einer Krone in den nächsten Tagen noch bei jeder Gelegenheit.

**Kittelt mit aller Macht für Euer Fest! Frei Heil! Der Hauptauschuss.**

**Falkenauer J.R. 1a gegen Arbeiter-Turnverein „Sportler“ 1a Mikolau 3:0 (Serienpiel).** Falkenauer ständig überlegen — Falkenauer Ref. gegen Arbeiter-Turnverein Neufattl Ref. 0:0 — Falkenauer Junioren gegen Arbeiter-Turnverein Eger Junioren 2:0.  
**Arbeiter-Turnverein Eger gegen „Rohland“ Ref. 1:5 (Serienpiel).** Durch diesen Sieg wurde „Rohland“ Bezirksmeister.

Berausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak, Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Kiehnert, Druck: Deutsche Zeitungs-K.G., Prag, Für den Druck verantwortlich: O. Dolih

**Reise-Anzüge**  
**Reise-Mäntel**  
**Reise-Leder**  
**Reise-Kleidung**  
**Reise-Koffer**  
**Reise-Taschen**  
**Reise-Wäsche**  
**Reise-Kappen**  
**Reise-Rucksäcke**  
**Reise-Decken**  
sowie alle anderen Reiseartikel  
**kaufen Sie in bester Qualität am billigsten bei Stránský Prag - Kybernská**